blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
65.(80.) JAHRGANG
MÄRZ 2012

SCHULE
Nein zu VERA 3

TITEL
Familie und Beruf

TENDENZEN
Dr. Knabe sieht rot

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | 3-5

TITEL

Equal Pay Day *Doreen Siebernik* 7
Wer ernährt die Familie? *Melitta Kühnlein* 8
Wissenschaftlerin – ein Traumjob? *Ursula Fuhrich-Grubert* 9
Wie Väter Familie und Beruf vereinbaren *Martina Brömme* 10
Familie, Beruf und dann noch das Leben *Elke Gabriel* 11

SCHULE

Nein zu VERA 3 *Michael Rau* 14
Flüchtlingskinder und die Schule *Christiane Thöne / Klaus Will* 15
Werbung für den LehrerInnenberuf *Mengü Özhan* 17

GEWERKSCHAFT

»Traumschiff Deutschland« mit Schlagseite *Klaus-Peter Börtzler* 18
Gemeinsam kämpfen *Holger Dehring* 20

TENDENZEN

Dr. Knabe sieht rot *Norbert Böhnke* 21
»An die Stifte, fertig, los!« *Barbara Geier/Norbert Hocke* 22
Das faschistische Jahrzwölft *Doris Mnich* 23
Arbeit mit Diplom – nicht ohne Lohn *Stefanie Ulrich* 24

BÜCHER

»Kopftuch« von Patricia Mennen *Rita Schulte* 26

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen 27

SERVICE

»Das Gras wächst doch nicht schneller, wenn man daran zieht!« *Anja Kraus* 28
Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin *Nuran Yigit* 29
Runderneuert in die Zukunft *Martina Panke / Carola Wöhlke* 30
Theater und Schule | Fortbildung | Materialien 32

GLOSSE

Virtuelle Freuden *Gabriele Frydrych* 31

Dieser blz liegt ein Prospekt der Theatergemeinde Berlin bei.

15 SCHULE Großes Erstaunen in Berlin: Immer mehr Flüchtlingskinder müssen beschult werden. Und keiner hat das geahnt.

18 GEWERKSCHAFT Aus gewerkschaftlicher Sicht fällt Deutschland besonders im internationalen Vergleich beim Stellenabbau im öffentlichen Dienst und bei der negativen Gehaltsentwicklung auf. Umsteuern ist angesagt.

28 SERVICE Das neue GRIPS-Stück über einen Elternabend, der etwas aus dem Ruder läuft. Interview mit den AutorInnen über ihre Sicht von Schule.

TITEL: IMAGO/IMAGEBROKER, UNTEN: GRIPS, MITTE: KRISTIAN PEETZ/FOTOLIA, OBEN: MARKUS BORMANN/FOTOLIA

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Ricardo Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009
Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207 03/2012: 23.100

LEUTE

Erhard Laube ist 65 geworden! Kaum zu glauben, dass er nun schon in den Ruhestand geht. Lange Zeit als Lehrer tätig, aber auch für die GEW im Schöneberger Personalrat und als Pressesprecher aktiv, wurde Erhard 1989 zum Berliner GEW-Vorsitzenden gewählt. Mauerfall, Kita-Streik und noch einiges mehr sorgten für aufregende Zeiten. Trotzdem ging er nach zehn Jahren GEW-Vorsitz wieder zurück in die Schule. Und es dauerte nicht lange, da hatte er auch dort eine leitende Position. Acht Jahre lang hat er die Spreewald-Grundschule geleitet, als der nächste Wendepunkt kam: Bildungssenator Jürgen Zöllner wollte Erhard als Abteilungsleiter für seine Verwaltung: Der Aufstieg und Seitenwechsel erfolgte im April 2008. Und jetzt die vorerst letzte Herausforderung: Den Ruhestand zu genießen! Wir wünschen ihm jedenfalls alles Gute.

Dilek Kolat ist Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen. Sie wurde 1967 in der Türkei geboren und lebt seit ihrem dritten Lebensjahr in Berlin. 1986 machte sie ihr Abitur in Neukölln und ist studierte Wirtschaftsmathematikerin. »Frauen sollen mehr Chancen bekommen, auch in Führungsetagen sichtbar werden. Und jetzt bin ich dafür zuständig, dass das Landesgleichstellungsgesetz auch umgesetzt wird. Da können wir viel bewegen«, sagte sie der *Morgenpost*.

Agnes von Zahn-Harnack, Jahrgang1884, war Lehrerin, Schriftstellerin und Frauenrechtlerin. Sie machte 1903 ihr Examen und unterrichtete danach an höheren Privatschulen. Sie studierte und promovierte als eine der ersten Frauen in Berlin Germanistik, Anglistik und Philosophie. 1931 wurde sie erste Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine, der sich nach Machtergreifung der Nationalsozialisten selbst auflöste. Maßgeblich ist sie an der Gründung des bis heute bestehenden Berliner Frauenbund 1945 e.V. beteiligt, der durch eigenständige Projekte die Chancen von Frauen in Ausbildung und Beruf verbessern sollte.

Jürgen Zöllner hat, kaum im Ruhestand, das Bundesverdienstkreuz bekommen für seine Verdienste als Minister in Rheinland-Pfalz und Senator in Berlin in den Bereichen Bildung und Wissenschaft.

Politischer Zündstoff

Das Probejahr muss weg – stattdessen ein NC für Gymnasien?

von Paul Schuknecht, Christiane Freund und Gunilla Neukirchen, Vereinigung Berliner SchulleiterInnen in der GEW (VBS)

1000 Siebtklässler sollen Gymnasien verlassen« so titelte der Tagesspiegel am 8. Februar und sieht bereits eine »große Koalition für einen Numerus clausus an Gymnasien«. Der verwendete Begriff Numerus clausus (NC) ist falsch und irreführend. Es geht nicht um eine vorher festgelegte Anzahl von Gymnasialplätzen, sondern um den Versuch zu prognostizieren, ob ein Kind im Gymnasium mit seinen erhöhten Anforderungen (verdichteter Lernstoff; nicht rhythmisierter Schultag…) erfolgreich lernen kann. Letzten Endes geht es um den Versuch zu verhindern, dass bis zu 10 Prozent der Kinder eines Jahrgangs als Schulversager abgestempelt werden.

Die Diskussion wirft einmal mehr die Frage auf, ob eine »Bildungsprognose« mit der Aussicht auf Verlassen der Schule überhaupt notwendig ist oder nicht die individuelle Förderung an jeder Schule zum Erreichen des bestmöglichen Abschlusses sinnvoller wäre. Das ginge nicht ohne die entsprechenden Ressourcen und Konzepte und liefe letztendlich auf »eine Schule für alle« hinaus. Viele, insbesondere in der GEW, sprechen sich dafür aus – politisch durchsetzbar ist sie zurzeit nicht. Der breite Konsens scheint darin zu bestehen, dass Maßnahmen, die einen Verzicht auf die Probezeit möglich machen, willkommen sind. Das ist eine gute Basis für weitere Überlegungen. Wenn es aber weiterhin eine solche Prognose geben muss, dann stellt sich die Frage des wie und wann. Chancen und Risiken sind gegeneinander abzuwägen – einen »Königsweg« wird es nicht geben.

Auch wenn jede Prognose in dieser Altersstufe problematisch ist, sollte man doch die Grundschulempfehlung zur Grundlage machen. Sie steht in einer guten Tradition der Beratung und Beobachtung. Ergänzend wäre ein Testverfahren denkbar – es könnten objektivere Prognoseverfahren entwickelt werden, die alle Kinder gerechter behandeln und zudem eine Selektion nach sprachlicher oder sozialer Herkunft mindern. Damit wird man auch dem Elternwillen gerecht, da sich nur die einem Auswahlverfahren stellen müssten, die unbedingt den Weg ans Gymnasium wollen.

Die Diskussion verweist aber auch auf ein weiteres Problem: Einige Gymnasien würden vermutlich nicht mehr über eine ausreichende Schülerzahl verfügen. Berlin rühmt sich zu Recht, zwei Schulformen zu haben, die auf verschiedenen Wegen zu einem gleichwertigen Abitur führen können. Vielleicht setzt sich ja die Erkenntnis durch, dass man sein Kind nicht dem sozialen Abstieg aussetzt, wenn es nicht auf das Gymnasium geht. Mehr Kinder auf Sekundarschulen würde bedeuten, dass Gymnasien fusionieren oder zur ISS umgewandelt werden, vielleicht sogar schließen müssten. Das ist politischer Zündstoff – aber 1000 SchülerInnen, die die Probezeit nicht schaffen, hoffentlich auch.

Das Phänomen ist keine Folge der Schulstrukturreform und folglich bedarf es auch keines Abwartens, bis diese Reform sich bewährt hat. Im Gegenteil, die Reform wird dadurch belastet – ein beabsichtigter Schulfrieden muss erreichen, dass das Problem weder zulasten der Schulformen, erst recht aber nicht zulasten der Kinder aufgeschoben wird. Die Senatsverwaltung muss handeln.

Unabhängig davon, wie und wann eine »Eignung« prognostiziert wird – individuelle Förderung und pädagogisches Handeln sind bei jeder SchülerIn erforderlich und das kostet mehr Geld als derzeit im Berliner Schulsystem zur Verfügung gestellt wird.

Auch im Jahr 2012 blieb Dresden nazifrei. Demotiviert durch den massiven Widerstand der zivilisierten Bevölkerung trauten sich am 18. Februar keine Nazis mehr auf die Dresdener Straßen. Stattdessen gab es eine friedliche Großdemonstration des Bündnisses »Dresden nazifrei« gegen Fremdenfeindlichkeit. Auch eine Delegation der GEW BERLIN war vor Ort.

FOTO: IMAGO/JÖRN HAUFE

Die IHK Berlin reduziert die Ausbildungsgebühren.

In der *blz* vom Mai 2011 haben wir den Artikel »Der große Reibach« von Jörg Dennerlein veröffentlicht. Dort wurde der IHK Berlin vorgeworfen, dass sie sich seit 2003 maßlos an den Gebühren für die berufliche Erstausbildung – einschließlich der vollzeitschulischen Erstausbildung – bereichere. Am 13. Januar 2012 wurde nun in der Vollversammlung der IHK Berlin beschlossen, die Ausbildungsgebühren ab sofort um 40 Prozent zu senken. Das entspricht einer jährlichen Entlastung der Ausbildungsbetriebe von rund drei Millionen Euro. Im Jahr 2003 hatte die IHK Berlin als einzige IHK in Deutschland ihre Prüfungsgebühren mehr als verdoppelt. Damalige Proteste von Betrieben, Verbänden und Gewerkschaften, die als Folge der krassen Gebührenerhöhung vor allem Ausbildungshemmnisse bei potenziellen Ausbildungsbetrieben befürchteten, wurden ignoriert.

Problematische Uni-Kooperationen mit der Wirtschaft

Im Mai 2010 berichteten die *taz* und die *Süddeutsche Zeitung* über einen Vertrag zwischen Deutscher Bank, Humboldt-Universität und der Technischen Universität, der 2006 anlässlich der Gründung eines Instituts für Finanzmathematik abgeschlossen wurde. Der Bank seien weitreichende Mitbestimmungsrechte und ein Vetorecht bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen zugesichert worden. Aufgrund der öffentlichen Kritik ist der Vertrag dann nicht verlängert worden, sondern im Juni 2011 ausgelaufen. Die Bank hatte drei Millionen Euro pro Jahr für zwei »Stiftungsprofessuren« aufgebracht. Am 9. Januar 2012 berichtete dann die *taz* über einen Kooperationsvertrag zwischen dem Pharmariesen Bayer und der Universität Köln: Ein industriekritisches Bündnis habe vergeblich die Veröffentlichung des Vertrages gefordert und gehe nun juristisch gegen die Weigerung vor. Bei dem Vertrag gehe es um eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Medikamente. Laut dem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* gibt es bundesweit zwischen 600 und 1.000 firmenfinanzierte »Stiftungsprofessuren«.

Gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo

Im April 2010 haben die Innenminister der 16 Bundesländer beschlossen, in den nächsten Jahren über 10.000 langzeitgeduldete Roma in den Kosovo abzuschieben. Darunter sind viele Kinder und Jugendliche, die hier in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind. In den Bundesländern stehen nun die Entscheidungen an, ob die zeitweise ausgesetzten Abschiebungen wieder aufgenommen werden. In dem vom Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg gestarteten Aufruf »Pädagoginnen gegen Abschiebung« fordern die UnterzeichnerInnen, die geplanten Abschiebungen endgültig zu stoppen und eine langfristig gesicherte Bleiberechtsregelung zu schaffen: »Ein Eintreten gegen die Abschiebung der Kinder ist menschenrechtlich geboten. Diese Kinder sind Teil unserer Gesellschaft und haben ein Kinderrecht auf Bildung und auf Selbstbestimmung«, heißt es in dem Aufruf, der unter www.gew-berlin.de eingesehen und unterzeichnet werden kann. Die GEW BERLIN unterstützt diesen Aufruf.

1,8 Tonnen Ritalin-Wirkstoff im Jahr

Im Jahr 1993 wurden in Deutschland 34 Kilo des Ritalin-Wirkstoffes Methylphenidat (MPH) verschrieben, im Jahr 2010 waren es schon 1,8 Tonnen, schreibt die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* in ihrer Ausgabe vom 12. Februar 2012. Ulrike Lehmkuhl, eine leitende Ärztin der Kinderklinik der Berliner Charité, beobachte seit zehn Jahren eine Inflation von ADHS-Diagnosen. Dass sich das Syndrom tatsächlich ausbreite, halte sie für unwahrscheinlich: »Das ist schließlich kein Virus«, sagte sie der Zeitung. Und: Von zehn Kindern, die mit einer ADHS-Diagnose zu ihr geschickt würden, stelle sie bei neun eine andere Verhaltensstörung oder psychische Erkrankung fest.

DGB-Gewerkschaften: 864 neue Mitglieder pro Tag

Zum 31. Dezember 2011 hatten die acht im DGB vereinigten Gewerkschaften zusammen 6.155.899 Mitglieder. Und besonders erfreulich: Jeden Tag treten 864 Menschen in die DGB-Gewerkschaften ein. Das sind fast 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Gerade auch junge Menschen bekennen sich zunehmend zu den Gewerkschaften. 2,6 Prozent mehr junge Mitglieder sind ein schöner Erfolg aller acht DGB-Gewerkschaften.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

»Versorungsverpflichtungen für Beamte«, kurz&bündig, *blz 2/2012*

Immer wieder ärgere ich mich wegen der öffentlichen Verbreitung des Quatsches über die Versorgungsverpflichtung für BeamtInnen, die vom Steuerzahlerbund und Leuten wie Raffelhüschen und anderen Interessierten verbreitet werden. Dass in einer Gewerkschaftszeitung der Unsinn nachgebetet wird, ist aber noch ärgerlicher. Richtig schreibt ihr: Nach Berechnungen ....werden sich die Verpflichtungen ... bis zum Jahr 2005 auf ... bis 69 Milliarden summieren. Hier muss man – um den Unsinn zu erkennen – nur das Wörtchen »summieren« beachten. Was wurde nämlich gemacht? Die Versorgungskosten aller Jahre von heute bis 2050, das sind 38 Jahre, wurden untereinandergeschrieben und dann zusammengezählt. Teilt man 69 Milliarden durch 38 Jahre, kommt man auf ein ganz anderes Ergebnis. Wenn man dieses Verfahren auch bezüglich der Rentenzuschüsse aus dem Bundeshaushalt (Steuermittel!) anwenden würde, käme man unter Zugrundelegung des letztjährigen Zuschusses auf die gigantische Summe von über drei Billionen. Dieses Verfahren ist absolut unseriös, kommt aber bei BILD und anderen gut an. Es wäre übrigens das Gleiche, wenn ich eine Pressemeldung herausgeben würde, in der drin steht: Der Vorsitzende des Steuerzahlerbundes muss Insolvenz anmelden, weil seine Steuerschuld sich bis 2050 auf über eine Million summiert (nur geschätzt – ich weiß natürlich nicht, wie viel Steuern der Herr zahlt).

Ilse Schaad, Leiterin des Vorstandsbereiches Angestellten- und Beamtenpolitik beim GEW Hauptvorstand

GEGENDARSTELLUNG

In dem Artikel »Direkte Demokratie am Fall Pro Reli« in der blz Nr. 2/2012 schreibt Herr Weil: *»Aber solche Sympathiebekundungen entstehen schon mal, wenn der Wissenschaftler Jung mit Lehmann im Kuratorium des* ***Vereins Mehr Demokratie e.V.*** *sitzt.«* Dies ist unrichtig. Zwar gehöre ich dem Kuratorium von *Mehr Demokratie e.V.* seit seiner Gründung 1997 an. Herr Lehmann hingegen ist nicht und war auch nie Mitglied dieses Kuratoriums. Dessen Mitglieder sind übrigens aufgeführt unter http://www.mehr-demokratie.de/kuratorium.html

Priv.-Doz. Dr. Otmar Jung

»Kulturkampf um sexuelle Vielfalt«, *blz 1/2012*

Mich hat der Artikel sehr mitgenommen. Viele besorgte Elternbriefe – die aber hoffentlich nicht so gemeint, wie sie geschrieben sind. Eine zufällige Eigenschaft wie Homosexualität darf nicht diskriminiert und muss so früh wie möglich diskutiert werden. Auch in der Schule. Und auch, wenn die Kinder »in einem Alter sind, in dem sich solche Fragen noch nicht stellen«. Gerade da ist es wichtig, schon anzufangen, damit sie wissen, um was es geht, bevor sie Schimpfwörter oder Beleidigungen an Homosexuellen im Alltag erleben. Auch kann eine frühzeitige Aufklärung nur vor Fehlern schützen, wie sexuell übertragbare Krankheiten oder ungewollte Schwangerschaften. Nehmen Sie Beschwerden ernst, aber bleiben Sie vernünftig und erkennen Sie bitte, welche Beschwerden aus reinem Unwissen und instinktiver Abneigung stammen.

Finn Dostal

Nur die Namen der SchülerInnen werden immer internationaler, *blz 1/2012*

Michelle Ritzmann legt den Finger in eine tiefe Wunde der Berliner Schule und vor allem der Berliner LehrerInnenausbildung. Diskriminierungserfahrungen von ReferendarInnen mit Migrationshintergrund sind ein tabuisiertes Thema in der Berliner Schule und schon deshalb ist ihr Beitrag wichtig, denn nur, wenn das Problem als solches erkannt und zur Diskussion »zugelassen« wird, ist es einer öffentlichen Bearbeitung zugänglich. Die Forderung nach der Errichtung einer Antidiskriminierungsstelle oder eines Antidiskriminierungsbeauftragten ist sinnvoll und unterstützenswert. Ich weiß noch, wie die ersten Frauenbeauftragten belächelt wurden, inzwischen haben sie sich aber Respekt verschafft, dank harter Arbeit und ihrer Beharrlichkeit. Andererseits sind nicht alle fragwürdigen Praktiken wie unangekündigte Unterrichtsbesuche, Defizitorientierung bei »Auswertungsgesprächen« und geheime Umfragen in der Schülerschaft oder bei KollegInnen notwendigerweise Ausdruck von Diskriminierung, obwohl sie das auch sein können. Hier offenbaren sich auch grundlegende Defizite an demokratischer Orientierung in der Berliner Schule, von den einfachsten Regeln eines respektvollen zwischenmenschlichen Umgangs ganz zu schweigen.

Hartmut Lindner

Licht und Schatten der Schulstrukturreform, *blz 1/2012*

Die Schulleiterin der Friedrichshainer Blumen-Grundschule Karin Laurenz legt Wert auf die Feststellung, dass an ihrer Schule die Zusammenarbeit mit benachbarten Oberschulen funktioniert.

Wolfgang Harnischfeger (Autor des Berichts)

ÜBRIGENS

Nun war sie doch noch mal da, unsere Sigrid. Aber nur für eine halbe Stunde, dann wolle sie aber wirklich der Redaktion tschüss sagen. Sie war nur wegen der Übergabe der Geschäfte gekommen. Als da waren: Übergabe eines Redaktionssitzungsleitfadens, Vorstellung des neuen Öffentlichkeitsarbeiters der GEW BERLIN, und Vorbereitung der geplanten Redaktionsklausur.

Und noch ein neues potenzielles Redaktionsmitglied war da: Mengü, die von allen freudig begrüßt wurde; nach ihrem Aussehen zu urteilen, ist sie jünger als der bisherige Redaktionsdurchschnitt, erfüllt damit also eine wesentliche Voraussetzung für ihre Aufnahme in unserem Kreis.

Aber Hiddo, der von mir im letzten *Übrigens* schon freudig als alter Neuer willkommen geheißen wurde, war nicht da. Er war wohl missverstanden worden und wollte erst nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst Ende des Jahres wieder mitwirken. Auch gut. JedeR ist willkommen. Wie selbstverständlich auch bei der Redaktionsklausur in Schmöckwitz (es sind für Neue noch Zimmer reservierbar: 22. bis 24. März 2012). Es gibt dort seit alters her einen ekelhaft gut schmeckenden DDR-Kräuterlikör … Man sieht, bei uns tut sich was!

Folker

Redaktionsschluss blz 6/2012: 27. April 2012
Redaktionsschluss blz 7-8/2012: 1. Juni 2012

FOTO: IB/FOTOLIA

EQUAL PAY DAY

Am 23. März ist es wieder soweit: Frau trägt rot, zumindest bei der Handtasche

von Doreen Siebernik, Vorsitzende GEW BERLIN

Von wegen Gleichberechtigung! Mädchen haben zwar die besseren Noten in der Schule und machen häufiger Abitur. Und Frauen sind auch an den Unis auf der Überholspur, machen die besseren Abschlüsse. Aber in der Arbeitswelt ist von diesem weiblichen »Aufwärtstrend« (noch) nicht viel zu spüren. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern ist unverändert seit vielen Jahren. Aber warum?

Obwohl die unterschiedliche Entlohnung aufgrund des Geschlechts seit Langem verboten ist, sieht die Praxis anders aus. Mit 23,2 Prozent Entgeltdifferenz zulasten der Frauen liegt Deutschland deutlich über dem EU-Durchschnitt (17,6 Prozent). Dieser Wert wird vom Statistischen Bundesamt ermittelt.

Diese Entgeltungleichheit hat zahlreiche Ursachen. Frauen fehlen in bestimmten Berufen, Branchen und auf den höheren Stufen der Karriereleiter. Sie unterbrechen oder reduzieren ihre Erwerbstätigkeit familienbedingt häufiger und länger als Männer. Die Entscheidungsfreiheit für eine Vollzeiterwerbstätigkeit haben Frauen nicht, wenn sie Mütter werden. Ein qualifiziertes, flächendeckendes Ganztagsangebot in Kitas und Schulen für die Kinder fehlt noch.

Verantwortung für Menschen wird unterbewertet

Tätigkeiten, die als typische Frauenberufe gelten und vorwiegend von Frauen ausgeübt werden, werden in individuellen und kollektiven Lohnverhandlungen schlechter bewertet und bezahlt. Das Merkmal »Verantwortung« wird weiterhin zumeist als Verantwortung für Finanzen oder Mitarbeiter verstanden. Dabei wird die Verantwortung für Menschen nicht berücksichtigt. Hiervon sind zum Beispiel Erzieherinnen besonders betroffen.

Auch im Bereich der Lehrkräfte verdienen Frauen in der Schule im Durchschnitt weniger als Männer. Der Grund: Sie arbeiteten zu über 80 Prozent in den unteren Gehalts- und Besoldungsgruppen, in den höheren liegt der Frauenanteil dagegen lediglich bei 57 Prozent. In Schulleitungsfunktionen sind Frauen nach wie vor dort am stärksten unterrepräsentiert, wo am meisten Geld gezahlt wird: an Gymnasien, beruflichen Schulen und auch an großen Integrierten Sekundarschulen.

Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit

Wir brauchen an den Schulen eine gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit. Bislang werden Lehrkräfte, die – wie in den Grundschulen – stärker erzieherisch arbeiten, schlechter bezahlt als andere Lehrkräfte. Lehrtätigkeit, die als typisch weiblich angesehen wird, muss endlich aufgewertet werden. Nicht die Frauen entscheiden sich für die falsche berufliche Arbeit. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – so wird ein Schuh draus!

In den Tarifforderungen über eine Entgeltordnung für die angestellten Lehrkräfte in den Ländern will die GEW die Diskriminierung wegen des Geschlechts beenden und fordert eine bessere und gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte. Diese leisten zwar unterschiedliche, aber doch gleichwertige Arbeit. Um dieses Ziel zu erreichen, muss beispielsweise die in der Regel von Frauen geleistete Erziehungsarbeit im Vergleich zur Wissensvermittlung aufgewertet werden.

A woman's place is in her union

Eine Veränderung der Arbeitskultur ist unabdingbar. Mit der Vereinbarkeitsfrage, die im 21. Jahrhundert immer noch fast ausschließlich durch Frauen gelöst werden soll, hängt die Unterrepräsentanz des weiblichen Geschlechts in Leitungsfunktionen zusammen. Somit führt das Frausein zu ungleichen Lebenschancen von Frauen und Männern, es verhindert ein Equal Pay. Das lässt sich aber nicht nur mit Teilzeit, Beurlaubung und weniger Leitungsfunktionen erklären.

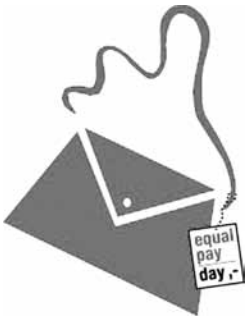
Gleiche Lebens- und Berufschancen für Frauen und Männer gibt es nicht umsonst. Gewerkschaftliche Kampfkraft und Solidarität müssen deshalb besonders von uns PädagogInnen kommen.

AKTION AM EQUAL PAY DAY

Eine gute Gelegenheit um mit SchülerInnen politische Bildung, Exkursionen, Ausflüge oder Wandertage einmal anders zu gestalten. Bitte rote Taschen mitbringen! 23. März um 12 Uhr am Brandenburger Tor.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Doreen Siebernik



WER ERNÄHRT DIE FAMILIE?

Frauen zwischen Zuverdienst und Familienernährerin

von Melitta Kühnlein, Projektleiterin DGB-Projekt »Modell der Familienernährerin«

FOTO: NINA HACKMANN

Melitta Kühnlein

2007 verdiente in Deutschland in jedem zehnten (10,3 Prozent) Paarhaushalt eine Frau den größten Teil oder sogar das gesamte Einkommen. Ihre Zahl ist in den neuen Bundesländern deutlich höher als in Westdeutschland. Zusammen mit den Haushalten der Alleinerziehenden sorgen inzwischen in knapp einem Fünftel der Mehrpersonenhaushalte Frauen überwiegend oder allein für das finanzielle Auskommen der Familie.

Familienernährerinnen sind dabei keine homogene Gruppe von Frauen. Gemeinsam ist ihnen ihre alleinige Verantwortung für das Familieneinkommen. Doch sie unterscheiden sich stark in Bezug auf ihr Ursprungsmilieu, ihre Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht und die Qualifikation. Bei der Mehrheit der weiblichen Ernährer und ihren Familien handelt es sich allerdings um belastende und fragile Arrangements.

Frauen sind unfreiwillig Familienernährerinnen

Einige Familienernährerinnen sind in dieser Rolle aufgrund ihrer hohen Qualifikation und dem damit einhergehenden höheren Erwerbseinkommen, das über dem ihrer Partner liegt. Der weitaus größere Teil jedoch übernimmt diese Funktion, weil der männliche Ernährer aufgrund von Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit oder Trennung ausgefallen ist. Fast alle Frauen haben deshalb den Status der Familienernährerin ungeplant und unfreiwillig übernommen. Frauen, die die Familie ernähren, sind im gesellschaftlichen Leitbild nicht vorgesehen. Ihr Gehalt gilt vielmehr als Zuverdienst. Frauen verdienen bis heute durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer. Frauen stellen die Mehrheit der Beschäftigten im Niedriglohnsektor sowie in den Minijobs und sind zu fast 70 Prozent in Teilzeit beschäftigt. Deswegen stehen diesen Familien im Durchschnitt geringere Haushaltseinkommen zur Verfügung als Haushalten mit männlichen Ernährern oder Paaren mit egalitärer Arbeitsteilung.

Typische Frauenberufe sind prekär und unterbezahlt

Oftmals sind die Einkommen der Familienernährerin so gering, dass es nicht ausreicht, um eine Familie unterhalten zu können mit der Folge, dass die Familie zusätzlich von Sozialleistungen abhängig ist. Und obwohl die Frau das Familieneinkommen bestreitet, ist sie durch die geschlechtsspezifische Zuweisung der Haus- und Fürsorgearbeit zusätzlich enorm belastet. In den meisten Familien mit einer Frau als Hauptverdienerin kommt es nicht einmal zu einer egalitären Arbeitsteilung.

Die gesellschaftliche Bedeutung von Familienernährerinnen nimmt zu. Doch bislang ist dieses Phänomen in den öffentlichen und politischen Debatten noch nicht angekommen. ■

Für weitere Informationen: www.familienernaehrerin.de

FOTO: T. KALTENBACH/FOTOLIA

WISSENSCHAFTLERIN – EIN TRAUMJOB?

Über die schwierige Situation von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen

von Ursula Fuhrich-Grubert, Zentrale Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität zu Berlin

Arbeitsplätze in der Wissenschaft sind attraktiv – soweit es die Arbeitsinhalte und die Arbeitsbedingungen betrifft. Dies gilt allerdings nicht für die Beschäftigungsbedingungen an den deutschen Hochschulen im sogenannten Mittelbau:

- 83 Prozent aller MitarbeiterInnen sind befristet beschäftigt; dieser Prozentsatz ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.
- Die Laufzeit der Arbeitsverträge beträgt durchschnittlich weniger als ein Jahr.
- Nach maximal 14 Jahren können wissenschaftliche MitarbeiterInnen befristet so gut wie nur noch auf Drittmittelstellen weiterbeschäftigt werden.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass weit mehr als die Hälfte der sogenannten NachwuchswissenschaftlerInnen mit ihrer Arbeitsplatzsicherheit genauso wenig zufrieden sind wie mit der Planbarkeit ihrer Karriere. Das gilt für Frauen in noch stärkerem Maße als für ihre männlichen Kollegen. Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser prekären Arbeitssituation insbesondere für junge Akademikerinnen an Universitäten, wie wird ihre Lebensplanung beeinträchtigt und wie verhält es sich mit ihrem Einkommen?

Die Konsequenzen

Infolge der Regelungen des an den Hochschulen gültigen TV-L und der oben erwähnten häufig nur kurzen Laufzeit der Arbeitsverträge in Kombination mit immer wieder möglichen Zeiten von Arbeitslosigkeit ist die Einkommenssituation von Nachwuchswissenschaftlerinnen wenig vorhersehbar und stark schwankend: Nach 18 Monaten ohne Beschäftigung im öffentlichen Dienst erfolgt bei einer Neueinstellung jeweils eine Eingruppierung in die Entgeltstufe 1 (in der Regel TV-L 13). Dies gilt auch, wenn die Mitarbeiterin in einer früheren Beschäftigungszeit bereits etwa Stufe 3 erreicht hatte oder zwischenzeitlich mithilfe eines Stipendiums eine Dissertation abgeschlossen hat und damit nun eine höhere Qualifikation aufweist. Wenn eine längere Arbeitslosigkeit nach nur kurzer Vertragslaufzeit auftritt, bleibt oft nur der Bezug von ALG II und das mit einem (Magister oder Diplom) bis zwei (Bachelor und Master) Studienabschlüssen und manchmal sogar einer Promotion oder Habilitation.

Diese unüberschaubare finanzielle Situation findet nur ein Ende, wenn WissenschaftlerInnen auf eine Lebenszeitprofessur berufen werden. Dies ist aber auch mit einer ausgezeichneten Promotion und Habilitation und/oder einer erfolgreich absolvierten Juniorprofessur keinesfalls eine sichere Perspektive. Um das Einkommen zu sichern und die wissenschaftliche Karriere voranzutreiben, ist zudem Mobilität gefordert. Auslandsaufenthalte sind für die Karriere geboten und Anschlussstellen finden sich oftmals nur viele hundert Kilometer vom vorherigen Arbeitsplatz entfernt.

Kaum Lebensplanung möglich

Eine Tätigkeit als Nachwuchswissenschaftlerin ist somit wenig berechenbar und die beruflichen Perspektiven sind eher kritisch einzuschätzen. Mit einem Kind beziehungsweise Kindern ist diese Tätigkeit nur begrenzt vereinbar. Dual-Career-Paare – und vor allem Wissenschaftlerinnen haben Wissenschaftler als Partner, umgekehrt gilt dies nicht – müssen weite Wege und längere Trennungszeiten einkalkulieren. Wo bleiben dann die Kinder, wer kümmert sich um sie? In der Praxis sind das meist die Mütter. Die Sorge, beruflich »abgehängt« zu werden, die wissenschaftliche Mitarbeiterinnen mit Kindern oder einem Kinderwunsch in weit stärkerem Maße umtreibt als ihre männlichen Kollegen, ist daher durchaus begründet. Meist investieren Wissenschaftlerinnen weit mehr Zeit in die Familienarbeit als ihre Partner – Zeit, die dann fehlt, um den Anforderungen der noch immer stark männlich geprägten Wissenschaftswelt gerecht zu werden. Hier gilt es einen Kulturwandel herbeizuführen.

1. Mai 2011 in Berlin.
FOTO: IMAGO/MÜLLER-STAUFFENBERG

Soll Work-Life-Balance im Wissenschaftsbereich mehr als nur ein Schlagwort sein, dann sind normative Veränderungen wie etwa eine Modifikation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Sinne einer gesetzlichen Mindestlaufzeit von Verträgen genauso erforderlich wie die Verwirklichung einer geschlechter- und familiengerechten Hochschule.

WIE VÄTER FAMILIE UND BERUF VEREINBAREN

Interview mit vier Vätern im PAPAladen, Prenzlauer Berg

Die Interviews führte Martina Brömme, Frauenvertreterin der zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen Berlins

FOTO: PRIVAT

Martina Brömme

Als Frauenvertreterin gehört »Vereinbarkeit Familie und Beruf« zum Kernthema meiner Frauenarbeit. Um Aussagen vieler Männer – wir als Väter haben die gleichen Probleme – nachzugehen, meldete ich mich beim PAPAzentrum zum Interview an. Ich wollte wissen, was sich nach Einführung des Elterngeldes verändert hat. Wie ist die Arbeitsteilung in den jungen Familien organisiert? Wie sehen sich die Väter selbst? Was erwarten die neuen Väter von der Politik oder vom Arbeitgeber? Hat sich das traditionelle Rollenverständnis von Mann und Frau in der Familie bei den jungen Generationen überholt? Die Auswahl der Gesprächspartner war zufällig.

Werbung für den Papaladen

FOTO: AUSSCHNITT AUS DEM INFO-FLUGBLATT

Nico, Student, 24 Jahre, verheiratet, sein Kind ist 20 Monate alt, seit einem Jahr hat er die Betreuung übernommen und das Studium unterbrochen. Seine Frau Franzi hat ihre Ausbildung als Erzieherin fortgesetzt. Im Sommer ist sie fertig. Dann, so der Plan, soll das zweite Kind kommen und Nico steigt wieder ins Studium ein. Elterngeld gibt es für Studenten keines, dafür müsste man mindestens ein Jahr gearbeitet haben, Studieren zählt nicht. Ein Kitaplatz ist noch nicht in Sicht. Auch stehen leider keine Großeltern zur Verfügung, wenn sie mal ins Kino wollen, das müssen die beiden im Freundeskreis organisieren. Nico ganz stolz: »Das kriegen wir gut hin.«

Dirsco, Tierarzt, 38 Jahre, verheiratet, übernimmt bei dem zweiten Kind die Elternzeit. Beschäftigt bei einem amerikanischen Unternehmen, hat er die letzten drei Jahre gemeinsam mit seiner Frau in Alaska verbracht, dort kamen auch ihre Kinder zur Welt. Nach drei Jahren Babypause kehrte seine Frau zurück in ihren interessanten Job im Auswärtigen Amt – wieder voll berufstätig. Neben der Betreuung seines zehn Monate alten Kindes schafft es Dirsco etwa alle zehn Wochen, ein paar Tage zu arbeiten, dann kommen Oma und Opa aus Stuttgart und kümmern sich um ihr Enkelkind. Drei Jahre Kinderpause zu machen wie seine Frau lehnt Dirsco entschieden ab. Nein, er hat jetzt schon genug, ihm ist es einfach zu langweilig und er freut sich, wenn auch das zweite Kind endlich in die Kita gehen kann.

Stefan, 34 Jahre, verheiratet, ist ausgebildeter Bankkaufmann. Nach siebenjähriger Berufstätigkeit wollte er sich verändern und studierte Chemie. Mit einer Promotionsstelle bei der Bundesanstalt für Materialforschung hat er es gut getroffen. Sein neuer Chef, selbst Vater mit viel Verständnis, unterstützt ihn. Seit sieben Monaten befindet sich Stefan nun in Elternzeit. Ehefrau Roswitha, ebenfalls Chemikerin, ist nach fünf Monaten Elternzeit wieder zurück im Beruf, sie promoviert an der Uni Potsdam. Wie es nach der Elternzeit ausschaut, darüber sind sich die beiden noch nicht im Klaren. Stefans noch recht junge Schwiegereltern würden das Kind gern betreuen. Aber darüber wollen beide noch intensiv nachdenken.

Bernd, 38 Jahre, seit acht Monaten in Elternzeit, von Beruf Psychologe, hat während des Studiums zusätzlich eine Ausbildung zum Erzieher gemacht. Zurzeit ist er arbeitslos. Erziehungsgeld gibt es auch für ihn nicht, denn er ist der Mann von Elke, die als Politikwissenschaftlerin bei der Deutschen Bahn einen guten Job hat. Erst im Mai haben sie Aussicht auf einen Kitaplatz, vorher kann sich Bernd auch nicht um eine Anstellung bemühen, außer ihm kann niemand die Betreuung des Kindes übernehmen. Ob Bernd sich völlig auf Kindererziehung, nämlich die seines eigenen Kindes, konzentrieren wolle? Auf diese Idee ist er noch nicht gekommen, er habe doch eine tolle Ausbildung. Für eine kurze Zeit ist er gern Hausmann, aber dann ist es auch genug.

All diese Väter haben sich für eine aktive Kindererziehung entschieden und teilen sich die Eltern-

zeit mit ihren Frauen. Es macht ihnen Spaß, Vater zu sein – auf Zeit! Ganz klar, die Männer werden zurückkehren in den Beruf, ins Studium, zur Promotion. Der Wiedereinstieg steht außer Frage. Einen Wandel der Geschlechterrollen konnte ich hier (noch) nicht feststellen.

Mütter – und auch Väter – erwarten von ihrem Arbeitgeber, dass sie durch eine Familiengründung nicht benachteiligt und familiäre Belange bei der Arbeitsorganisation berücksichtigt werden. Die Beteiligung von Vätern an der Erziehung und Kinderbetreuung bietet den Müttern neuen Raum für berufliche Aktivitäten. Neben den politischen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die Dienststellen gefragt, ihren MitarbeiterInnen flexible Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, um Müttern und Vätern Zeit für Erziehungsaufgaben und Familienleben zu geben.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen wird aufgrund ökonomischer Notwendigkeiten und kulturellem Wandel weiter steigen. Dennoch werden Eltern in der Familienphase beruflich kürzer treten, und in Zukunft auch häufiger die Väter. Die Vollzeit-Erwerbsbiografie wird unterbrochen durch Familien- oder Pflegephasen. Wenn die Zusage von Bundesministerin von der Leyen – ein Kitaplatz für jedes Kind – nicht eingehalten wird, werden es auch weiterhin in der Mehrzahl die Frauen sein, die Familie und Beruf vereinbaren müssen. Der PAPAladen Berlin ist der einzige seiner Art in Deutschland, gefördert von der Senatsbildungsverwaltung. Es gibt dort Angebote wie PAPAsport und das PAPA-Café. ■

FAMILIE, BERUF UND DANN NOCH DAS LEBEN

Gespräch über die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf

Das Interview führte Elke Gabriel, Frauenvertreterin Tempelhof-Schöneberg

Martje (35) und Florian Gaehtgens (43) sind verheiratet. Ihre beiden Kinder sind 4 und 7 Jahre alt. Beide arbeiten jeweils 70 Prozent in Teilzeit an zwei verschiedenen Grundschulen. Die beiden angestellten Lehrkräfte teilen sich partnerschaftlich die Sorge- und Hausarbeit – ein Modell, das nur wenige Paare praktizieren. Denn obwohl die heutigen sozialwissenschaftlichen Studien belegen, dass junge Männer und Frauen sich gleichberechtigt für die Familienarbeit zuständig fühlen, nehmen real nur 25 Prozent der Väter Elternzeit, und meist nur zwei Monate.

Seit wann teilt ihr euch partnerschaftlich die Sorgearbeit?

MARTJE: Von Anfang an. Bei der Geburt des ersten Kindes war ich im Referendariat. Ich habe ein Jahr Elternzeit genommen und danach hat mein Mann ein Jahr Elternzeit genommen, bevor er mit dem Referendariat begonnen hat. In dem Jahr, in dem er mit unserem Sohn zu Hause war, konnte ich mein Referendariat beenden.

FLORIAN: Beim zweiten Kind war es anders. Da war bereits das neue Bundeselterngeldgesetz in Kraft. Bis zum 14. Lebensmonat des Kindes steht für jeden Lebensmonat ein Monatsbetrag zur Verfügung. Nutzen die Eltern die »Partnermonate«, dann gibt es maximal 14 Monatsbeträge, ansonsten 12 Monatsbeträge. Diese Regelung war für uns schlecht, denn wir konnten jetzt nicht mehr wie früher beide die 24-monatige Elternzeitregelung in Anspruch nehmen. Da meine Frau zu diesem Zeitpunkt mehr verdiente, waren wir finanziell dazu gezwungen, dass sie die zwölf Monate in Elternzeit ging und ich eben nur die zwei Monate. Ich fand es sehr schade, dass mein zweites Kind bereits ab dem 15. Monat in einer Krippe betreut wurde. Ich hatte das Gefühl, nicht genug Zeit mit meiner Tochter zu Hause verbringen zu können, und wäre gerne noch länger in Elternzeit gegangen.

FOTO: PRIVAT
Elke Gabriel

Warum habt ihr euch entschieden, die Familienarbeit zu teilen?

FLORIAN: Für mich war das gar keine Frage!

MARTJE: Für mich ist das familiengeschichtlich bedingt. Meine Mutter war mit vier Kindern alleinerziehend. Es galt für uns Kinder und auch für mich als Mädchen der Grundsatz: Sei unabhängig, verdiene dein eigenes Geld.

FLORIAN: Ich habe auch keine Lust der klassische Familienernährer zu sein. Diese Rolle möchte ich nicht. Die ganze Verantwortung lastet dann auf den Schultern des Mannes. Außerdem haben diese Männer auch einen schlechteren Draht zu ihren Kindern. Du, Martje, hast bei mir offene Türen eingerannt, denn ich wollte kein Heimchen am Herd.

MARTJE: Dass wir uns die Aufgaben des Alltags zur Hälfte teilen, bezieht sich nicht nur auf das Arbeiten, Geld verdienen und die Kinderbetreuung, sondern auch auf den Haushalt. Wobei deine Ein-

Martje und Florian Gaethgens

FOTO: PRIVAT

stellung zum Haushalt noch ausbaufähig ist. Über einiges müssen wir immer wieder reden und neu entscheiden (lacht herzlich). Manchmal schleift dein Verantwortungsgefühl hierfür etwas, doch du strengst dich an (lacht wieder herzhaft). Als die Kinder noch ganz klein waren, haben wir das Putzen ausgelagert.

FLORIAN: Jetzt machen wir das mit der Familie gemeinsam. Putzen, aufräumen, einkaufen, kochen ist für uns eine gemeinsame Aufgabe, das erledigen wir auch gemeinsam mit den Kindern.

Wie habt ihr konkret euren Alltag bezüglich der Kinderbetreuung und Familienarbeit organisiert?

MARTJE: Wir kümmern uns generell beide um die Kinderbetreuung und auch Hausarbeit. Sehr wichtig ist für uns, dass wir bei unserer 70 Prozent Teilzeitbeschäftigung auch jeweils einen Tag in der Woche unterrichtsfrei haben. An diesem Tag hat dann mein Mann oder ich die Wohnung für sich allein und kann in Ruhe den Unterricht vor- und nachbearbeiten.

FLORIAN: Ich habe mit 70 Prozent Teilzeit eine volle Auslastung und arbeite gefühlte 100 Prozent. Wir verzichten auf viel Geld, damit wir Zeit für die Familie haben und auch unserem beruflichen Ansprüchen gerecht werden.

Welche Vor- und Nachteile hat dieses Modell für euch?

MARTJE: Ich kann mich mit meiner Tätigkeit als Lehrerin verwirklichen. Meine Arbeit macht mich selbstbewusst, sie macht mich glücklich, denn Arbeit ist ein Teil von mir. Nach dem Jahr Elternzeit wollte ich auch unbedingt wieder unterrichten.

FLORIAN: Man spürt auch Respekt und Bewunderung, dass wir dieses emanzipatorische Modell hinbekommen. Zentral ist hierbei, dass ich den Beruf, meine Arbeit, loslassen kann. Ich kenne demgegenüber die Geschichte der unzufriedenen Männer, wenn ihre Ehefrauen nicht erwerbstätig sind. Und natürlich auch die Sorgen der Männer, nicht genügend Geld ran zu schaffen.

MARTJE: Natürlich gibt es auch den Einwand, das geht nur, weil wir beide Lehrkräfte sind. Für mich ist das aber eine Frage der Organisation.

Der neue Senat will Lehrkräfte nicht mehr verbeamten. Welche Position vertretet ihr?

FLORIAN: Die Verbeamtung wäre schon okay. Wichtiger ist allerdings, dass wir junge Lehrkräfte für die gleiche Arbeit auch das gleiche Geld wie verbeamtete Lehrkräfte erhalten – wir machen ja auch die gleiche Arbeit.

Als Frauenvertreterin unterstütze ich Kolleginnen, die eine Leitungsstelle anstreben. Leider bewerben sich nur wenige Frauen mit kleinen Kindern. Wie sieht deine Planung aus?

MARTJE: Ich bin ja in deiner Fortbildung, in der die Frauen in ihrem Entscheidungsprozess in Bezug auf die Übernahme einer Leitungsposition unterstützt werden sollen, da mich ein Karriereschritt schon sehr interessiert. Ich bin offen dafür, mich vor meinem 40. Lebensjahr auf eine Leitungsstelle zu bewerben und würde es gerne tun. Karriereschritte sind Selbstverwirklichungsschritte. Der Beruf der Lehrerin ist für mich meine Berufung. Ich habe auch schon mal phasenweise 150-prozentig gearbeitet, als ich in einem Internat tätig war, dennoch muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich sein! Wichtig wäre es für mich als Schulleiterin, sich auf ein gutes Team, eine erweiterte Schulleitung und eine Steuergruppe verlassen zu können.

Hast du Vorbehalte gegen die angestrebte Karriere deiner Frau?

FLORIAN: Nein, Martje beachtet die Life-Balance. Ihr ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig. Die Arbeit kann mal stärker und weniger stark gewichtet sein. Eine Festlegung bis zum Ende eines Berufslebens lehne ich ab.

MARTJE: Die eigene Abgrenzungsmöglichkeit ist zentral, egal, in welcher Hierarchiestufe ich arbeite.

Vielen Dank für das Gespräch!

ERZIEHUNGSGELD UND ERZIEHUNGSZEIT

Das Elterngeld gibt es seit dem 1. Januar 2007. Es wurde als Lohnersatzleistung für zwölf Monate (zuzüglich zwei Partnermonate) konzipiert und geht von der Erwerbstätigkeit junger Mütter aus. Mit den zwei Partnermonaten soll erreicht werden, dass Väter sich stärker an Familienaufgaben beteiligen. Das Elterngeld beträgt 67 Prozent des wegfallenden Nettoeinkommens, mindestens 300 Euro bis maximal 1.800 Euro werden ersetzt, wenn die Arbeitszeit auf maximal 30 Stunden (3/4-Stelle) pro Woche reduziert wird.
Davor gab es seit 1986 das Erziehungsgeld (monatlich 600 DM). Die Dauer des Erziehungsgeldbezugs wurde schrittweise bis auf zwei Jahre erhöht, der Betrag lag ab 2006 bei 300 Euro.

RYSZARD RONCZEWSKI
NEIL BELAKHDAR
Kaddisch
FÜR EINEN FREUND
DER LETZTE HELD VON H-TOWN
AB 15. MÄRZ IM KINO
SCHULVORFÜHRUNGEN MÖGLICH!
Unterrichtsmaterial zum Film und weitere Informationen unter
www.kaddischfüreinenfreund-derfilm.de
DIE GESCHICHTE EINER UNMÖGLICHEN FREUNDSCHAFT
BUCH & REGIE LEO KHASIN
WWW.KADDISCHFÜREINENFREUND-DERFILM.DE
SIMA FILM
WDR
BR
arte
FFF Bayern
Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
DEUTSCHER FILMFÖRDERFONDS
CINE POST PRODUCTION
german films
DOLBY DIGITAL
barnsteiner-film
farbfilm★verleih

Nein zu VERA 3

Über Sinn und Unsinn von Tests in der Schule

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

von Michael Rau, Vorstandsbereich Schule

Schon wieder ein Test!

FOTO: T. TROJANOWSKI/FOTOLIA

Im Mai 2012 soll erneut die bundesweit durchgeführte Vergleichsarbeit in der 3. Klasse (VERA 3) durchgeführt werden. Seit Anbeginn ist dieser Test umstritten. Anlass genug für die GEW BERLIN, sich wiederum gegen die Durchführung dieses nutzlosen Tests zu wehren. Warum halten wir diesen Test für nutzlos? Beim Institut für Schulqualität (ISQ) Berlin-Brandenburg heißt es »VERA 3 ist … kein Jahrgangsstufentest, der abprüft, was bis zum Testzeitpunkt in Abhängigkeit des Lehrplans gelernt wurde.« VERA 3 ist also nicht auf die Berliner Rahmenlehrpläne abgestimmt und es wird nach Themen gefragt, die noch nicht im Unterricht behandelt wurden. Deshalb liefert VERA 3 auch nicht wirklich brauchbare Aussagen darüber, in welchen Schulen und welchen Klassen erfolgreicher gearbeitet wurde als in anderen. Hinzu kommt, dass für Schulen, die schlecht abgeschnitten haben, bisher jegliche wirksame Unterstützung von der Senatsbildungsverwaltung ausgeblieben ist.

Messen ohne Maßstab

Zu kritisieren ist weiter, dass es nur einen Pool von Aufgaben gibt, bei dem das Scheitern für viele Kinder einkalkuliert ist. Das ISQ gibt die durchschnittliche Lösungswahrscheinlichkeit für die Aufgaben mit 50 Prozent an.

Darüber hinaus berücksichtigt VERA 3 den Einfluss des sozialen Umfeldes völlig unzureichend. Letztlich ist das auch kaum möglich, weil für einen fairen Vergleich zwischen verschiedenen Klassen und Schulen notwendig wäre, dass alle relevanten Elternhauseinflüsse angemessen berücksichtigt werden.

Vorkenntnisse werden nicht erfasst: Mit einem punktuellen Test können keine Lernentwicklungen der SchülerInnen erfasst werden. Damit bietet VERA 3 auch keine Grundlage für die Feststellung von individuellen Stärken und Schwächen und gibt den Lehrkräften keine konkreten Hinweise auf individuellen Förderbedarf. In Zeiten inklusiver Konzepte ist VERA 3 nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich. Wie soll individuelle Entwicklung mit einem einmal durchgeführten, normierten Test erfasst und gefördert werden?

Schließlich sind inzwischen durch VERA 3 negative Rückwirkungen auf den Unterricht zu beobachten: Zunehmend werden in 3. Grundschulklassen Themen behandelt, die in vorangegangenen VERA-3-Durchgängen enthalten waren, unabhängig davon, ob dies zu den Vorkenntnissen und Fertigkeiten der Kinder passt. Dieses »teach for the test« verhindert einen anregungsreichen und vielseitigen, auf die individuellen Lernfähigkeiten der Kinder ausgerichteten Unterricht. Unterschiedliche Lernkulturen heterogener Schulen werden durch den Standard VERA 3 nicht berücksich-

VERANSTALTUNG ZU VERA 3

Die GEW führt eine Fortbildung zu Testverfahren mit dem Titel »Sinn und Unsinn von Tests in der Schule – Eine Einführung am Beispiel von VERA 3« durch. Sie findet am **Donnerstag, den 22. März 2012 von 13 bis 16 Uhr** im GEW-Haus statt und wird von Volker Hagemeister durchgeführt. Anmeldung bis zum 19. März 2012 an die GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin,Tel. 21 99 93-0 – Fax 21 99 93 50 oder unter info@gew-berlin.de

tigt. Zudem ist die Prüfungsform nicht unbedingt eine gewohnte und führt zu unnötigen Irritationen bei den Kindern.

Individuelle Diagnostik wäre hilfreicher

Anstelle von VERA 3 sollten sorgfältig entwickelte Verfahren zur Feststellung der individuellen Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern eingeführt werden. Die Verantwortung für den Einsatz sollte bei den Schulen liegen. Da es vielleicht auch Schulen gibt, die VERA 3 einsetzen wollen, ist die logische Konsequenz, hier eine Form zu wählen, die auf Stichprobenbasis funktioniert: Wer will, kann, wer nicht will, muss nicht. Und die Verbindlichkeit der Durchführung aufzuheben, stellt sogar eine kleine, aber reale Arbeitsentlastung dar, die nicht einmal etwas kostet.

Die GEW BERLIN fordert daher die Abschaffung der verbindlichen Durchführung von VERA 3.

Sie fordert alle Betroffenen auf, über VERA 3 zu diskutieren, die Kritik daran laut und deutlich zu äußern und die Entwicklung von Alternativen einzufordern.

Flüchtlingskinder und die Schule

Der Brandbrief aus Reinickendorf und ein Versäumnis vergangener Jahre

von Christiane Thöne und Klaus Will, blz-Redaktion

Das Kollegium der Hermann-Schulz-Grundschule hat in einem sogenannten Brandbrief Mitte Januar auf Hilfe bei der Aufnahme von Kindern ohne Deutschkenntnisse gedrängt: »Seit August 2011 stellen wir einen ständigen Zuzug von Familien aus dem südosteuropäischen Raum (Bulgarien, Rumänien, Griechenland) und zum Teil auch aus Polen und der Tschechischen Republik fest. Bis zum 1. Dezember 2011 wurden uns 14 Kinder neu zugewiesen, die über keinerlei Deutschkenntnisse verfügten und trotz unserer Bemühungen bis heute auch nicht verfügen können. Bis heute sind es insgesamt schon 16 Kinder. In einer 1. Klasse sind rund 20 Prozent der Kinder ohne Deutschkenntnisse. Auch der begabteste Pädagoge kann unter dieser Voraussetzung keinen für alle Kinder zufriedenstellenden Unterricht durchführen«, heißt es in dem Brief. Die Schule fordert die Einrichtung von DaZ-Klassen, die Zuweisung von qualifizierten Lehrkräften und die Erhöhung der Lehrerausstattung. Man habe sich vergeblich an die örtliche Schulaufsicht gewendet, sei aber dort nur vertröstet worden.

Einige Tage nach den Berichten über den Brandbrief in den Medien verkündigte die Senatsbildungsverwaltung, man werde nach den Winterferien zusätzliches Personal an die Schule schicken. Dies sei aber nicht auf den Brandbrief zurückzuführen, sondern sei eine zufällige Überschneidung. Bildungssenatorin Sandra Scheeres hat dann anlässlich einer Anfrage im Abgeordnetenhaus am 26. Januar 2012 erklärt, die Bildungsverwaltung habe der Schule im Dezember eine »Zusage für eine solche Lerngruppe« gegeben, deswegen sei sie auch irritiert gewesen über den Brandbrief: »Da gab es anscheinend Kommunikationsprobleme zwischen der Schulleitung und dem Lehrerpersonal«, so Scheeres. Wie lange eine Schule warten muss, bis den zugewiesenen Kindern die dazugehörigen Ressourcen folgen, hat die Senatorin nichts gesagt.

Kein neues Problem

In einem Artikel in der letzen *blz* (Februar-Ausgabe 2012) hatte Monika Rebitzki kritisiert, dass zwar mit dem Schuljahr 2011/12 »Lerngruppen für Neuzugänge« eingerichtet wurden, aber deren »organisatorische Umsetzung weiterhin eine Katastrophe« sei. Das zeigt auch das Beispiel Hermann-Schulz-Grundschule, der zwar die Schüler zugewiesen wurden, aber nicht die dazugehörenden Lehrkräfte. Weder die Schulaufsicht noch die Senatsbildungsverwaltung waren in der Lage, die Schule umgehend mit Lehrkräften zur Einrichtung der »Lerngruppen für Neuzugänge« auszustatten. Ein Vierteljahr lang konnten die Kinder nicht ausreichend beschult werden, von der Belastung der Lehrkräfte ganz zu schweigen. Und auch ganz davon zu schweigen, ob nun tatsächlich qualifizierte Lehrkräfte an die Schule kommen. Denn für den Unterricht in einer solchen Klasse werden eigentlich Lehrkräfte mit der Zusatzqualifikation Deutsch als Zweitsprache (DaZ) gebraucht, die aber rar sind.

Ein Jahr vorher gab es einen ähnlichen Fall: Im März 2011 berichteten die Medien, dass Neuköllner SchulleiterInnen seit Monaten wegen der steigenden Zahlen von Flüchtlingskindern um Verstärkung

DIE FORDERUNGEN DER GEW BERLIN

- Kleinklassen (besser »Vorbereitungsklassen«) wieder fest in die Berliner Schulstruktur etablieren
- Verbindliche Klassenfrequenzen (12 + 3 Schüler pro Klasse)
- Klassen für Grundschulkinder und Jugendliche auf verschiedenen Niveaustufen
- Klassen für Analphabeten
- Qualitätsstandards für den Übergang in Regelklassen
- Mindestens eine Schwerpunktschule pro Bezirk mit mindestens zwei Sprachlernklassen
- Qualifizierung für Lehrkräfte für den strukturierten Erwerb der deutschen Sprache im Rahmen der Lehrerausund -fortbildung
- Sozialpädagogische und bei Bedarf sonderpädagogische Unterstützung für Kleinklassen

des Lehrkörpers gebeten hatten. Auch hier dauerte es Monate, bis der Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte in Aussicht gestellt wurde. Auch diese Schulleiter hatten sich gegen die Einrichtung temporärer Lerngruppen ausgesprochen und forderten stattdessen Vorbereitungsklassen. Man brauche im Bezirk 30 bis 40 Vorbereitungsklassen, erklärte Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky gegenüber der *Morgenpost* (3. März 2011). Das koste allerdings rund eine Million Euro. Man müsse aber von einem zunehmenden Zuzug ausgehen, denn die EU stehe vor einer »Binnenarmutswanderung«, sagte Buschkowsky. Die Senatsbildungsverwaltung erklärte damals gegenüber der Presse, die Verwaltung ermittle gegenwärtig die Zahl der betroffenen Kinder, um die Planung für zusätzliches Personal durchzuführen. Weit scheint man damit nicht gekommen zu sein. Vorsorge wurde nicht getroffen.

Ab dem Schuljahr 2011/12 werden »Lerngruppen für Neuzugänge« als Klassenart realisiert. Sie werden für ein Schuljahr von der regionalen Schulaufsicht genehmigt und in Zusammenarbeit mit dem Schulträger eingerichtet. Sie werden gesondert abgerechnet und gehen nicht in die Frequenzberechnung der Regelklassen an den betroffenen Schulen ein. Bei mehrzügiger Einrichtung von Klassen an einer Schule gilt eine Zumessungsfrequenz von 12 Schülerinnen und Schülern. (Merkblatt SenBWF vom 26. Juli 2011)

Kleinklassen und Lerngruppen

Zuvor gab es Kleinklassen (12 bis 15 Schüler, 28 Wochenstunden Unterricht, maximal 36 Unterrichtswochen) für SchülerInnen zwischen 9 und 15 Jahren, die ausschließlich dem Spracherwerb Deutsch mit dem Ziel des schnellstmöglichen Übergangs in eine Regelklasse dienten. Diese »Kleinklassen für Seiteneinsteiger« liefen mit dem Schuljahr 2007/2008 jedoch aus. Bis zum Schuljahr 2011/12 gab es dann ab Jahrgangsstufe 3 sogenannte besondere Lerngruppen plus den Regelklassenunterricht. Die jüngeren Schüler werden im Rahmen der flexiblen Schulanfangsphase unterrichtet und sprachlich gefördert. Ab dem Schuljahr 2008/09 wurden DaZ-Stunden nicht mehr gesondert ausgewiesen, sondern waren Bestandteil der Zuweisung für ndH-SchülerInnen und SchülerInnen mit Lernmittelbefreiung. »Die Lehrerstellen für die Sprachförderung von Migranten werden seit 2008/09 auch für deutsche Schüler mit Förderbedarf genutzt, was eine Mittelkürzung für Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache bedeutet«, beklagte Mike Nové auf der GEW-Fachtagung am 29. Oktober 2010. Laut Fachbrief Sprachförderung vom Mai 2011 gibt es in Berlin »490 aktive Lehrkräfte mit einer Ausbildung mit Deutsch als Zweitsprache«. ■

Der vollständige Brief des Kollegiums der Hermann-Schulz-Grundschule ist einsehbar unter www.gew-berlin.de/23282.htm

ANZEIGE

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Unser Verein auf Gegenseitigkeit – besser als jede Bürgerversicherung

Wir sind solidarisch, leistungsstark und bieten auch im Alter bezahlbare Beiträge.

anders als andere

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Landesgeschäftsstelle Berlin
Dominicusstraße 14
10823 Berlin
Telefon (0 30) 7 88 06 - 0

www.debeka.de

Debeka

Werbung für den LehrerInnenberuf

Das Berliner Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund bietet vom 26. bis 28. April einen Schülercampus an

FOTO: IAN HAMBURG

von Mengü Özhan, Landeskoordinatorin

Während nach aktuellen Erhebungen fast ein Drittel der Berliner Schülerschaft einen Migrationshintergrund aufweist, liegt der Anteil an Lehrkräften mit Migrationshintergrund schätzungsweise bei etwa zwei Prozent. Vor diesem Hintergrund fand 2011 in Berlin erstmalig der Schülercampus »Mehr Migranten werden Lehrer« statt. Dahinter verbirgt sich ein Studienorientierungsangebot mit dem Ziel, SchülerInnen mit Einwanderungsgeschichte für das Lehramtsstudium zu interessieren und für den Lehrerberuf zu begeistern. Aufgrund der positiven Erfahrungen und der Erfolge des letzten Jahres wird das Projekt 2012 fortgesetzt. Projektträger ist das im Jahr 2010 eingerichtete *Berliner Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund*, das von der Berliner Senatsbildungsverwaltung initiiert wurde. Es ist ein Netzwerk von ehrenamtlich arbeitenden Lehrkräften, Lehramtsstudierenden sowie LehramtsanwärterInnen mit Migrationshintergrund.

Einblick in den Beruf LehrerIn

Auf dem Schülercampus lernen die TeilnehmerInnen in einem dreitägigen Kompaktkurs, ihre Studienfachwahl bewusst und fundiert zu treffen. Ein ganzheitlicher Überblick über die vielfältigen Aufgaben, die Karrierechancen von Lehrkräften sowie die Voraussetzungen der zweiphasigen Lehrerausbildung mit dem Berufsziel LehrerIn unterstützt sie dabei. Thematisiert wird auch die persönliche berufliche Eignung der TeilnehmerInnen.

Der Berliner Schülercampus bietet dreißig TeilnehmerInnen ein konzentriertes und abwechslungsreiches Programm, bei dem sie Schule und Universität aus einer anderen Perspektive als die der Schülerin bzw. des Schülers erleben. Sie hospitieren an sechs Neuköllner Schulen: einem Gymnasium, einer Gemeinschaftsschule, einer Integrierten Sekundarschule, einem Oberstufenzentrum, einer Grundschule und einer Schule mit dem Förderschwerpunkt »Lernen«. Dort führen sie mit verschiedenen Akteuren aus den Bereichen Schulleitung, unterrichtendes und betreuendes pädagogisches Personal Gespräche über den Schulalltag, die Aufgaben und die Herausforderungen von Lehrkräften und Schulleitungen an den verschiedenen Schularten. Einen praktischen Eindruck von der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung vermittelt ihnen bei den Schulbesuchen der Kontakt zu angehenden LehrerInnen.

Unis zum Anfassen

Ein erster, naher Einblick in die beiden größten Lehrer ausbildenden Universitäten Berlins wird neben der Auftaktveranstaltung an der Freien Universität Berlin bei der Exkursion zur Humboldt-Universität zu Berlin ermöglicht. Dort treffen die TeilnehmerInnen auf weitere Experten der LehrerInnenbildung, den ProfessorInnen aus der Fachdidaktik, die mit den jungen Menschen persönlich ins Gespräch kommen. Die TeilnehmerInnen werden in die Struktur und den Aufbau lehramtsbezogener Studiengänge an Universitäten eingeführt.

Die vielfältigen Eindrücke der jungen Menschen werden im wannseeFORUM während der drei Schülercampus-Tage inhaltlich mit dem Schülercampus-Team vertieft. Ergänzt werden sie durch Vorträge und Gespräche mit weiteren Experten aus Schule, Vorbereitungsdienst und Schulaufsicht. Geboten wird darüber hinaus ein Überblick über die verschiedenen Fördermöglichkeiten durch Stiftungen und Institutionen, speziell für Studierende mit Migrationshintergrund.

Die intensivsten Begegnungen erlebten die TeilnehmerInnen des ersten Berliner Schülercampus 2011 aus vierzehn unterschiedlichen Herkunftsländern mit ihren »lebendigen und authentischen« Vorbildern aus dem *Berliner Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund*. Dreiunddreißig Mitglieder aus dem Netzwerk betreuten damals kompetent und engagiert die SchülerInnen auf den Exkursionen sowie während der Arbeit und Freizeit im wannseeFORUM. Im Anschluss folgte eine Aufnahme der am Lehrberuf interessierten SchülerInnen in das von der Humboldt-Universität ins Leben gerufene Mentoring-Programm. Die als MentorInnen fungierenden Netzwerk-Mitglieder begleiteten und berieten sie professionell, um sie bei ihrer Berufswahlentscheidung, den Bewerbungen sowie beim Studienstart zu unterstützen und bedarfsgerecht zu stärken.

Wir freuen uns auf die »zweite Runde« und auf 30 am Lehrerberuf interessierte SchülerInnen aus unterschiedlichen Kulturen ab Jahrgang zehn, die wir nach dem Abschluss des diesjährigen Schülercampus weiter im Mentoring begleiten. Bewerben können sich SchülerInnen mit Migrationshintergrund ab der 10. Klasse einer weiterführenden Berliner Schule bis zum 15. März 2012. Bewerbung mit folgenden Unterlagen:

- tabellarischer Lebenslauf
- ein persönliches Schreiben, aus dem die Motivation für die Teilnahme am Schülercampus hervorgeht
- ein Empfehlungsschreiben einer Lehrkraft
- eine Kopie des letzten Zeugnisses

Die Bewerbung bitte an folgende Adresse senden: Koordinationsbüro Berliner Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, Mengü Özhan, Freie Universität Berlin, Zentrum für Lehrerbildung, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin. Tel.: 030 83 85 52 94, E-Mail: mengue.oezhan@fu-berlin.de

Die Auswahl unter den Bewerbern trifft eine unabhängige Jury. Weitere Informationen stehen unter www.mehr-migranten-werden-lehrer.de und www.lehrernetzwerk-berlin.de

»Traumschiff Deutschland« mit Schlagseite: Umsteuern!

Die soziale Schieflage ist offensichtlich – der Kurs muss korrigiert werden

FOTO: PRIVAT

von Klaus-Peter Börtzler, AG Bildungsfinanzierung

Die GEW und der DGB setzen sich für eine neue Steuerpolitik ein. Diese soll zu einem deutlichen Mehraufkommen, zu einer Entlastung der DurchschnittsverdienerInnen und zu einer stärkeren Beteiligung der BezieherInnen hoher Einkommen, UnternehmerInnen und Vermögenden an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben und der Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise führen.

Den Griechen geht es schlecht: Sie stehen am Rand der Pleite, befinden sich im freien Fall des fünften Jahres der Rezession, werden zudem von der Troika aus IWF, EZB und EU zu weiteren Strukturreformen (Sparmaßnahmen durch Sozialabbau, Privatisierungen, Abschaffung von Tarifverträgen) getrieben; die Löhne wurden im letzten Jahr um 30-40 Prozent gesenkt, die Arbeitslosenquote erreichte ihren Höchststand, sodass viele ihr Heimatland verlassen, weil sie in fremden Ländern ihr Glück versuchen müssen.

Den Italienern geht es seelisch und auch sonst nicht viel besser: EU-Technokrat Monti bekommt das Land nicht in den Griff: In Sizilien blockieren Fernfahrer und Bauern die Benzinversorgung, die Taxifahrer legten den Verkehr auf vielen Straßen in den Städten lahm. Große Streiks sind angekündigt – und die wirklich harten Sparmaßnahmen sollen erst noch kommen.

Damit nicht genug: Standard & Poor's senkte Italiens Bonität um zwei Stufen, die Negativ-Schlagzeilen über den »Bunga«-Präsidenten wurden abgelöst durch jene über den Kapitän der »Costa Concordia«, obwohl dieser nur versuchte, mit festem Boden unter den Füßen den Passagieren zu helfen – so wie

FOTO: IMAGO

wir Deutsche das ja auch mit einem schönen Rettungsschirm für die Griechen, die Italiener und andere Länder gern tun möchten.

Aber mal ganz kritisch gefragt: Taugt denn unser »Traumschiff Deutschland« als Vision für stabile Verhältnisse, in denen nicht nur die betuchten Passagiere, sondern auch die Crew – und vor allem die, die unter Deck, im Maschinenraum, in der Küche oder wo auch immer arbeiten – glücklich leben können: nicht nur mit Seele, sondern ebenso mit guter Entlohnung, gesunden Arbeitsbedingungen, hochwertigen Sozialleistungen? Oder befindet sich unser »Traumschiff Deutschland« nicht in stets zunehmender Schräglage auf einem Kollisionskurs, den die Börsen und ihre AgentInnen und NutznießerInnen vorgeben – und der dringender Korrektur bedarf? Werfen wir einen Blick auf einige ökonomische Fakten:

Entwicklung der öffentlichen Haushalte

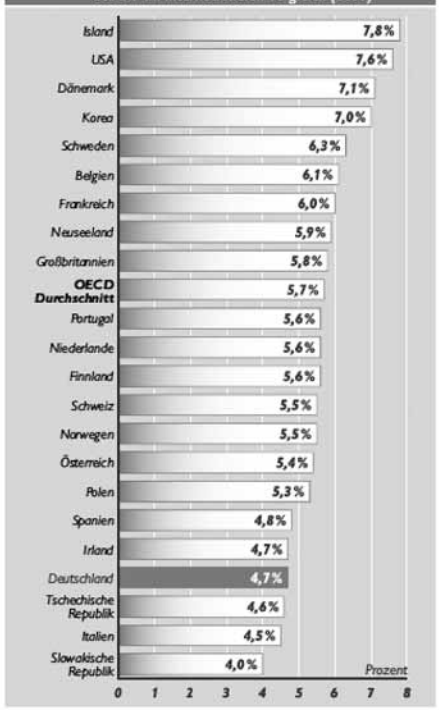
Die Ausgabenentwicklung der öffentlichen Hand von 1998 bis 2008 ist real rückläufig: Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate beträgt nach Abzug der Inflationsrate minus 0,2 Prozent. Kein anderes entwickeltes Land außer Japan blickt auf ein niedrigeres Staatsausgabenwachstum als Deutschland. Der Anteil der Haushaltsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist von rund 48 Prozent Ende der 1990er Jahre auf knapp 44 Prozent im Jahr 2008 gesunken und zeigt auch 2011 mit 45,6 Prozent einen im internationalen Vergleich geringen Wert.

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik gibt dazu in ihrem Memorandum 2009 die Bewertung ab, dass auf Dauer zur Finanzierung der geforderten progressiven Sozialstaatsreform sowie eines größeren und bürgerfreundlichen öffentlichen Sektors als Alternative zum regressiven Sozialstaat ein höheres Niveau staatlicher Ausgaben unabdingbar und im Regelfall auch durch reguläre staatliche Einnahmen zu finanzieren ist.

Investitionen und Bildungsausgaben

Der Anteil der öffentlichen Investitionen (Ausgaben für dauerhafte Wirtschaftsgüter wie Ausrüstungen, beispielsweise Computer, und Bauten, also Straßen,

Abbildung 2: Private und öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des BIP im internationalen Vergleich (2007)



Quelle: OECD

Kindergärten) am BIP ist in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich von 4,8 Prozent im Jahr 1970 auf 1,5 Prozent gefallen und damit liegt Deutschland (mit Österreich) am unteren Ende der OECD-Länder. Auch bei den Bildungsausgaben belegt Deutschland im internationalen Vergleich hintere Plätze (Abbildung 2).

Öffentliche Beschäftigung, öffentlicher Dienst

Deutschland weist bei der öffentlichen Beschäftigung mit einem drastischen Rückgang von mehr als einer Million Beschäftigten seit 1996 eine besonders negative Entwicklung auf. In keinem anderen Industrieland ist Ähnliches auszumachen, im Gegenteil: Absolut gesehen haben andere entwickelte Länder ihren Beschäftigungsstand gehalten oder ausgebaut (siehe Tabelle 2). Während nach Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in den skandinavischen Ländern jeder dritte bis vierte Erwerbstätige in öffentlicher Beschäftigung arbeitet, sind dies in Deutschland nicht einmal mehr 15 Prozent. Dieser negative Trend muss umgekehrt werden: »Eine dauerhafte Ausweitung und Aufwertung des öffentlichen Sektors ist gerade angesichts neuer Anforderungen an soziale Dienstleistungen in der Gesellschaft notwendig. Sie ergeben sich aus dem demografischen Wandel und aus der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen.« (Memorandum 2009)

Steuerreformen, Steuermindereinnahmen

Insbesondere die Steuerrechtsänderungen der rot-grünen Bundesregierung seit dem Jahr 1998 haben hohe Steuerausfälle verursacht. Besonders davon profitiert haben aufgrund des drastisch abgesenkten Einkommensteuerspitzensatzes reiche Haushalte und der Unternehmenssektor, der insgesamt um jährlich elf Milliarden Euro entlastet wurde. Durch die Steuersenkungen in den Konjunkturpaketen und im Ende 2009 auf den Weg gebrachten Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben sich die Steuerausfälle – ausgehend vom Rechtsstand 1998 – auf aktuell jährlich mehr als 50 Milliarden Euro erhöht.

Insgesamt hat die öffentliche Hand seit dem Jahr 2000 durch diese Steuerrechtsänderungen in der Summe auf Einnahmen in Höhe von annähernd 400 Milliarden Euro verzichtet.

Verteilung von Einkommen und Vermögen

Die soziale Polarisierung hat zugenommen und zu einer wachsenden Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben geführt: Die Lohnquote ist rasant gefallen, der Niedriglohnsektor ist gewachsen, ungeschützte Arbeitsverhältnisse sind an der Tagesordnung; dazu hat die Steuerpolitik nicht nur die staatliche Einnahmebasis geschwächt, sondern auch zur deutlichen Zunahme der Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen in

Tabelle 2: Veränderung der öffentlichen Beschäftigung in ausgewählten Ländern 1996–2008*

Land	absolute Veränderung (in 1.000)	relative Veränderung (in Prozent)
Deutschland	–1.313	–18,8
Kanada	573	20,1
Dänemark	–15	–1,6
Finnland	52	8,5
Frankreich	363	5,7
Italien	–47	–1,3
Norwegen	47	5,7
Spanien	639	27,5
Schweden	10	0,8
Großbritannien	581	11,0

* Dänemark 1997 – 2008, Frankreich 1998 – 2006, Norwegen 1996 – 2007, Schweden 1996 – 2007, Großbritannien 1996 – 2006.

Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Deutschland beigetragen. Ergebnis: Während die in der Verteilungspyramide unten angesiedelten 50 Prozent aller Personen über 16 Jahren zusammen über so gut wie kein Vermögen verfügen, besitzen die reichsten zehn Prozent mehr als 60 Prozent des gesamten Nettovermögens (über 7,2 Billionen Euro im Jahr 2011). Der Abbau öffentlicher Dienstleistungen bewirkt eine weitere Verschärfung gesellschaftlicher Unterschiede, da insbesondere die einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten auf sie angewiesen sind.

Ulrich Thöne, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, formuliert die Konsequenzen so: »Insbesondere der politisch verursachten Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte gilt es entgegenzuwirken: Eine dauerhafte Erhöhung der Ausgaben im Bereich Erziehung und Bildung muss durch höhere Steuereinnahmen, die reiche Haushalte und Unternehmen belasten, finanziert werden – nicht zuletzt auch, um die immer ungleicher ausfallende Verteilung von Einkommen und Vermögen zumindest im Ansatz zu korrigieren.«

Nicht vergessen werden soll noch einmal ein Hinweis auf die Zusammenhänge zur europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre in Deutschland führt einerseits zur bekannten Schwäche der Binnennachfrage, ist aber andererseits die Basis für den deutschen Exportüberschuss, dessen Kehrseite die Importüberschüsse und die Staatsverschuldung in den südlichen Ländern sind.

Zurück zur Ausgangsfrage: Wie steht es um das »Traumschiff Deutschland«? Die soziale Schieflage ist offensichtlich, der Kurs – insbesondere der steuerpolitische – muss dringend korrigiert werden: Wenn es um Steuern geht: Umsteuern! ■

Gemeinsam kämpfen

Für bessere Arbeitsbedingungen an den Berliner Schulen und Kindertagesstätten

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

von Holger Dehring, Vorstandsbereich Beamten- und Tarifpolitik

Die GEW BERLIN hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr zu einer Gewerkschaft entwickelt, die sich sowohl für die Interessen der LehrerInnen als auch für den sozialpädagogischen Bereich insbesondere an den Schulen und den Kindertagesstätten einsetzt. Weitere Bereiche wie die Hochschulen und die Träger im Bereich der Weiterbildung und der Kinder- und Jugendhilfe kommen noch hinzu.

Die Entwicklung der Mitgliederzahl zeigt, dass dies auch anerkannt wird. Allerdings ist es nicht ganz einfach, die unterschiedlichen Interessen der Mitglieder zusammenzubringen. Was besonders sichtbar wird, wenn in einer Einrichtung unterschiedliche Berufs- und Statusgruppen tätig sind. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen:

- Es ist wichtig, die spezifischen Interessen der einzelnen Gruppen zu benennen.
- Es ist notwendig, die gemeinsamen Interessen herauszufiltern.
- Es ist unabdingbar, gemeinsam und nicht gegeneinander zu kämpfen, um erfolgreich zu sein.

Das ist jedoch das Schwierige. Gerade an den Berliner Schulen ist derzeit festzustellen, wie unterschiedlich die Interessen der verschiedenen Beschäftigungsgruppen sind.

Viele Interessen müssen unter einen Hut

Neu eingestellte angestellte Lehrkräfte fordern einen Ausgleich für die Schlechterstellung gegenüber den verbeamteten Lehrkräften. Verbeamtete Lehrkräfte erwarten eine Reduzierung der in den vergangenen Jahren stetig angestiegenen Arbeitsbelastung. Die ErzieherInnen an den Schulen und in den Kindertagesstätten beklagen den vorhandenen Fachkräftemangel und die damit verbundene Mehrbelastung. Sie fordern verlässliche Regelungen für die sogenannte mittelbare pädagogische Tätigkeit und Vor- und Nachbereitungszeiten. All das muss eine Gewerkschaft unter einen Hut bringen. Das ist schwierig, aber machbar. Lasst uns das Jahr 2012 in diesem Sinn nutzen.

Aktion »Die GEW zeigt Flagge« im Oktober 2011 vor dem Abgeordnetenhaus. FOTO: CHRISTIAN V. POLENTZ

1. Die ersten Anfänge sind schon gemacht worden mit den Vertrauensleutekonferenzen, auf denen die Interessen der Mitglieder im Schulbereich und Maßnahmen zu deren Durchsetzung diskutiert wurden. Die nächste Vertrauensleutekonferenz ist für den 19. März 2012 geplant.
2. Die besondere Situation der angestellten Lehrkräfte wird Thema der Tarifpolitischen Konferenz am 29. März 2012 sein.
3. Die Auswertung der zu Beginn des Jahres vorgenommenen Befragungen im sozialpädagogischen Bereich der Schulen und in den Kitas wird Grundlage für die weitere Vorgehensweise in diesem Bereich sein.

Diese Aktivitäten können jedoch nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn alle ihren Beitrag dazu leisten. Denn der Berliner Senat wird uns nichts schenken. ■

Dr. Knabe sieht rot

Die Bildungsarbeit der Gedenkstätte Hohenschönhausen ist völlig aus der Zeit gefallen

FOTO: PRIVAT

von Norbert Böhnke, Landesausschuss multikulturelle Angelegenheiten (LAMA)

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen schreibt über ihre Bildungsarbeit: »In dem ehemaligen Gefängnis können sich junge Leute auf anschauliche Weise mit der SED-Diktatur auseinandersetzen.« Sicher eine notwendige und verdienstvolle Aufgabe. Doch nun bietet der Direktor der Gedenkstätte, Dr. Hubertus Knabe, Berliner Schulen ein neues Projekt an – Thema: »Alles Geschichte? Linksextremismus – eine Gefahr für die Demokratie«.

Die vier Themenfelder

Das erste von vier geplanten Themenfeldern lautet: »Macht kaputt, was euch kaputt macht«. Knabe möchte die SchülerInnen dafür sensibilisieren, »wie man durch Musik zu einer linksextremistischen Gesinnung verführt werden kann«. Das Lied wurde ursprünglich von der Theatergruppe Hoffmanns Comic Theater geschrieben. Es schloss sich an eine Szene an, in der der junge Arbeiter Paul im Fernsehen einen Kommentar des Springer-Journalisten Matthias Walden sieht und vor Wut den Fernseher auf den Boden wirft. Später hat die Band Ton-Steine-Scherben (TTS) das Lied populär gemacht. »Radios laufen, Platten laufen, Filme laufen … Häuser kaufen, Möbel kaufen. Wofür?« Nach diesen kritischen Fragen an den Medien- und Warenkonsum zur Zeit der 68er Studentenbewegung folgt eine Antikriegslyrik, die von einem Bob Dylan-Song inspiriert wurde, in dem es heißt: » bombs are falling, tanks are rolling, soldiers dying, men are crying…« Nach der Anklage: »Bomber fliegen, Panzer rollen (…) die Chefs schützen, die Aktien schützen, das Recht schützen, den Staat schützen – vor uns« singen TSS »Macht kaputt, was euch kaputt macht«. Das Lied ist eine leidenschaftliche Anklage gegen den Vietnamkrieg, der mit der Lüge vom Tonking-Zwischenfall von den USA begonnen wurde, durch den die Aktien der Rüstungskonzerne in die Höhe schnellten, der unzählige Menschen das Leben kostete und der bis zum Schluss von der Springer-Presse unterstützt wurde. Das Lied, ein aktuelles Lehrbeispiel für linksextremistische Verführung? Henry Kissinger und Le Duc Tho bekamen für das Abkommen zur Beendigung des Vietnamkriegs den Friedensnobelpreis.

»Die Linke – eine extremistische Partei?« heißt das zweite Themenfeld. »Unter den fünf für die Demokratie in Deutschland relevanten Parteien wird nur Die Linke vom Verfassungsschutz überwacht. Warum ist das so? Ist die Partei linksextremistisch?« Dies fragt Knabe ungeachtet der Proteste aus allen demokratischen Parteien angesichts der skandalösen Bespitzelungspraktik des Verfassungsschutzes. Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Berliner SenatorInnen – allesamt Linksextremisten? Knabe verfährt nach der Kabarettnummer: »Du, Erna komm mal gucken. Bei Müllers nebenan ist die Polizei.« »Mensch, Willi. Das sind doch ehrbare Leute.« »Aber Erna, dann wär' doch die Polizei nicht dort…«

»Revolutionäre Gewalt – ein Weg zu einer besseren Gesellschaft?« ist der Titel des dritten Themenfeldes. »Seit Karl Marx halten Linksextreme Gewalt für ein sinnvolles Mittel der Politik.« »Die Teilnehmer sollen die Frage beantworten, ob Gewalt zu einer besseren Gesellschaft führen kann.« Nun, zumindest ist die bürgerliche Republik nicht aus friedlichen Debatten, sondern aus einer blutigen Revolution hervorgegangen. »Zu den Waffen Bürger! Schließt die Reihen – Vorwärts, marschieren wir! Das unreine Blut tränke unser Äcker Furchen!« Diesen Text der Marseillaise singen die Franzosen bis heute als ihre Nationalhymne. Ein Fall für den Linksextremismus-Experten Knabe? Oder dann lieber doch gleich die Karl-Marx-Straße in Berlin umbenennen?

Vollends schräg, aber auch gefährlich wird es beim vierten Themenfeld. »Antifa heißt Angriff – Hilft Gewalt gegen Rechtsextremismus? Der Kampf gegen Rechts ist eines der Hauptaktionsfelder linksextremer Gruppen.« Wäre dies auch ein Hauptaktionsfeld der staatlichen Organe inklusive des Verfassungsschutzes gewesen, die zehn Mordopfer der Zwickauer Terrorzelle könnten heute noch am Leben sein. »Zudem will sie (die Antifa, N.B.) den Kapitalismus beseitigen, der für den Faschismus verantwortlich sei.« Hätte Knabe in seinem Geschichtsstudium besser aufgepasst, so wären ihm wohl auch die folgenden Sätze aus dem »Ahlener Programm« der CDU von 1947 bekannt: »Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.«

Knabes Verdienste

Ein Verdienst der Antifa und vieler AntifaschistInnen und DemokratInnen ist es

jedenfalls, dass die Neonazis zurzeit nicht mehr wie noch 2009 mit mehr als 7000 Kameraden weitgehend ungestört durch Dresden und andere deutsche Städte marschieren können, rechtsradikale Bands unbeachtet ihre Hasslieder auf Konzerten spielen und Läden Kleidung mit Nazisymbolen verkaufen können. Die Stiftung der Gedenkstätte des Dr. Knabe musste 2007 dagegen erst durch öffentliche Proteste daran gehindert werden, einen Stiftungspreis nach dem NSDAP-Mitglied und Beauftragten für die Arisierung jüdischer Unternehmen bei der Industrie- und Handelskammer Walter Linse zu benennen. Dass Knabe mit seinem sogenannten Bildungsangebot auch ungeniert Schleichwerbung an Schulen für Firmen macht – »Das Modellprojekt soll die Einsatzmöglichkeiten von iPads für außerschulische Lernorte überprüfen und entwickeln« – ist angesichts des politischen Unsinns dagegen noch als lässliche Sünde zu werten. »Auch 2012 wollen wir uns als außerschulischer Lernort weiter profilieren«, schreibt Knabe und hat mit seinem neuen Seminarangebot wohl auch neue Fördertöpfe aus dem Familienministerium im Blick.

Die Berliner Schule kann jedenfalls auf diese ideologische Berieselung wie in der Zeit des Kalten Krieges gerne verzichten. ■

Linksextremistische Verführung FOTO: LINKE-T-SHIRTS.DE

»An die Stifte, fertig, los!«

Weltweite Aktionswochen vom 22. April bis 10. Juni 2012

von Barbara Geier, Globale Bildungskampagne, und Norbert Hocke, GEW Hauptvorstand

Mit weltweiten Aktionswochen will die Globale Bildungskampagne, in der unter anderem die GEW vertreten ist, in diesem Jahr auf die Bedeutung der frühkindlichen Bildung aufmerksam machen. Jedes Kind unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, ethnischem oder sozialem Hintergrund hat das Recht zu lernen und sein volles Potenzial zu entwickeln. Frühkindliche Förderung und Erziehung sollen ausgebaut und gefördert werden. Auf dieses Ziel haben sich die Regierungschefs aus 164 Ländern im Jahre 2000 auf der Weltbildungskonferenz in Dakar verpflichtet. Dies sollte bis zum Jahre 2015 als Teil der UN-Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden. Wir sind jedoch noch weit von diesem Ziel entfernt.

Immer noch haben mehr als 200 Millionen Kinder keinen Zugang zu frühkindlicher Bildung und Erziehung. Deren Zahl wird durch das schnelle Bevölkerungswachstum, vor allem in Ländern Afrikas südlich der Sahara, in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Besonders gering ist in den Ländern des Südens die Zahl der Mädchen und der Kinder mit Behinderung in frühkindlichen Einrichtungen. So selbstverständlich es klingt: Frühkindliche Bildung ist die Grundlage für die Zukunft eines Menschen. Die frühe Kindheit ist eine besonders sensible Phase körperlicher, kognitiver, sozialer und emotionaler Entwicklung eines Kindes. Gesundheit und ausreichende Ernährung sind Grundlagen für Bildung.

Das Recht auf frühkindliche Bildung ist allgemeines Menschenrecht, das 2005 noch einmal besonders in der UN-Kinderrechtskonvention hervorgehoben wurde. Dieses Recht darf nicht länger nur den Kindern aus privilegierten Familien zugänglich sein. Frühkindliche Einrichtungen sind nicht nur Bildungseinrichtungen im engen Sinne, sondern in mehrfacher Hinsicht ein Schutzraum. Sie bieten Schutz vor häuslicher Vernachlässigung oder Gewalt und können ein Ort der Geborgenheit in Krisengebieten sein. Sie schützen die Kinder bis zum Schulalter vor Kinderarbeit und ermöglichen außerdem den älteren Geschwistern, selbst die Schule zu besuchen, anstatt auf die kleinen Brüder und Schwestern aufzupassen. In Gebieten, in denen mehrere Ethnien zusammenleben, geben sie den Kindern die Chance, die andere Kultur und Sprache kennenzulernen.

Die Globale Bildungskampagne setzt sich weltweit mit ihren jährlichen Aktionswochen für die Verwirklichung des Rechts auf Bildung ein. Auch wir in Deutschland fordern die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen in den Parlamenten und der Regierung auf – besonders im Entwicklungsministerium –, endlich den versprochenen Beitrag für Bildungsinvestitionen zu leisten. Hierfür ist es notwendig, ErzieherInnen gut auszubilden, ihnen ein Gehalt zu bezahlen, von dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können, eine adäquate räumliche und materielle Ausstattung bereitzustellen, für ein regelmäßiges Essen zu sorgen und eine gesundheitliche Kontrolle sicherzustellen. »The Big Picture – das große Bild« ist das weltweite Motto der diesjährigen Aktionswochen der Globalen Bildungskampagne. In Deutschland ist unser Slogan: »Weltklasse: An die Stifte, fertig, los!« Alle Kinder, die sich an der Aktion 2012 beteiligen, sind Teil der Weltklasse. ■

Auf der Website der Globalen Bildungskampagne www.bildungskampagne.org kann man sich anmelden und Materialien und Stifte bestellen. Dort gibt es auch Unterrichtsmaterialien und Anregungen für Aktionen und Aktivitäten.

Das faschistische Jahrzwölft

Eine Gedenkstätte Im ehemaligen Zuchthaus Brandenburg-Görden

von Doris Mnich, Lehrerin am Herder-Gymnasium

Wer in der Franz-Jacob-Straße lehrt und lernt, ist den Widerstandskämpfern gegen den Hitlerfaschismus besonders verpflichtet. Unser Franz Jacob wurde vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 18. September 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden enthauptet. Wir waren in diesem unheilvollen Raum, der jetzt Gedenkstätte ist.

Im Januar 2012 fand die Veranstaltung der GEW Lichtenberg statt, in der das faschistische Jahrzwölft in neuen Büchern, CD und Film vorgestellt wurde. Begonnen wurde mit den Tagebüchern des Friedrich Kellner »Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne«. Diesen Titel formulierte Kellner bereits im September 1938. Der oberhessische Justizinspektor (1885–1970) schrieb beinahe täglich seine Kritik am NS-System nieder und dokumentierte die vielen großen und kleinen Verbrechen der Nazidiktatur. Kellner analysierte die Tagespresse und sammelte Zeitungsausschnitte, sodass die beiden Bände eine einzigartige Quelle aus dem Dritten Reich sind. Die vorgelesenen Passagen zeigten, wie schon ab September 1939 die Siegeszuversicht durch die Einführung von Lebensmittelkarten und die verordnete Verdunkelung abnahm. Kellner schrieb:

16. 12 1939: Kleidersammlung trotz Kleiderkarten. Alles in allem staatlich organisierte Bettelei.

18. 1. 1940: Augenblicklich gibt es auf den Kopf der Bevölkerung 2000 Gramm Brot wöchentlich (einschließlich Mehl).

31. 8. 1940: Heute Nacht sind zum dritten Mal englische Flieger in Berlin gewesen. Der Krieg nimmt insofern eine Wendung, als die Herren in Berlin endlich auch einmal etwas vom Kriege am eigenen Leibe erfahren.

Die Druckerschwärze dieser Prachtausgabe ist noch frisch und Victor Klemperers »LTI« bei Reclam 1975 hat ein Pendant.

Spannend wie ein guter Krimi ist das zweite Buch, das empfohlen wurde: über den Meisterfälscher Adolfo Kaminsky. Er lebt heute 85-jährig in Paris. Seine Tochter hat das Geheimnis seines Lebens preisgegeben. Mit 17 rekrutiert ihn die Résistance als Fälscher. Kaminsky ist Färberlehrling, verfügt über unschätzbare Kenntnisse und Fertigkeiten. Der russischstämmige Jude beginnt, falsche Papiere herzustellen: Ausweise, die Tausende Juden vor der Deportation bewahren. Kaminsky hat von 1943 bis 1971 Juden, Kommunisten und später Freiheitskämpfern aus über 15 Ländern mit seinen Papieren das Leben gerettet. Er ließ sich nie bezahlen, lebte in bitterer Armut und hat sich nicht von Parteien oder Gruppen kaufen lassen.

Kellners Bücher sind eine einzigartige Quelle aus dem Dritten Reich

Das Buch »Adressat unbekannt« war eine publizistische Sensation in den USA

Der Höhepunkt des Abends war die Vorstellung der CD und des Films »Gerdas Schweigen«. Das Hörbuch wird vom Autor Knut Elstermann selbst gelesen. Das Buch erschien bereits im Oktober 2005 und handelt von der Berliner Jüdin Gerda, die Auschwitz überlebte und dort unter der Aufsicht Mengeles ein Kind zur Welt brachte, das sie verhungern lassen musste, da ihre Brüste eingegipst worden waren. Elstermann besuchte Gerda, die Freundin der Familie der Großmutter, in New York und lieferte die Grundlage für den Film von Britta Wauer, der das faschistische Berlin und das New York von heute gleichermaßen zeigt. Gerda erzählt ihre Geschichte, die sie 60 Jahre lang selbst Mann und Sohn verschwiegen hat. Im Rahmen der Lesung wurden Ausschnitte des Films gezeigt, in denen Gerda über ihr Schicksal berichtet. Gerda Schrage starb vor zwei Jahren in New York.

Als Letztes wurde die Neuauflage von Kressmann/Taylor »Adressat unbekannt« im Original und in der Übersetzung präsentiert. Es ist der fiktive Briefwechsel zwischen zwei Freunden und Geschäftspartnern einer Kunstgalerie in Kalifornien und München. Schnell erkennt der Leser, wie sich die Naziideologie im Kopf des Deutschen breitmacht und er seinen jüdischen Freund verrät. Der Jude Max wehrt sich in seinen Briefen höchst unblutig und so erfolgreich, dass die Post an seinen prominenten ehemaligen Freund mit dem Vermerk zurückkommt: »Adressat unbekannt«. Das Büchlein war eine publizistische Sensation in den USA.

In der anschließenden Diskussion fragte Mareike Wiegand von der Jungen GEW ihre erfahrenen GewerkschaftskollegInnen, wie die vorgestellten Werke in das schulinterne Curriculum in Deutsch, Englisch oder Geschichte eingearbeitet werden können. Und so schloss sich der Kreis: Methoden wurden erörtert, mit denen das bekannte Thema Faschismus an neuen Beispielen den Schülern eindrucksvoll nahegebracht werden kann. ■

- *Friedrich Kellner: »Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne. Tagebücher 1939 – 1945« Wallstein Verlag Göttingen, zwei Bände, 1128 Seiten, 59,90 Euro*
- *Sarah Kaminsky: »Adolfo Kaminsky – Ein Fälscherleben«, Kunstmann Verlag, 224 Seiten, 19,90 Euro*
- *Knut Elstermann: »Gerdas Schweigen«, Hörbuch 72 min, bebra Verlag, 14,90 Euro, Buch: Aufbau Verlag, 207 Seiten, 8,95 Euro*
- *Film von Britta Wauer, 95 min*
- *Kressmann/Taylor: »Adressat unbekannt«, Rowohlt Verlag, 62 Seiten, 4,90 Euro, Reclam, 62 Seiten, 2,90 Euro*

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gesamtschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-berlin.de/4681.htm.

Bestellschein: siehe Seite 25

Arbeit mit Diplom – nicht ohne Lohn

Bundesweite Demonstrationen gegen die Ausbeutung der PsychotherapeutInnen in Ausbildung

von Stefanie Ulrich, Psychotherapeutin in Ausbildung

Vom 5. bis 9. Dezember 2011 gingen bundesweit rund 1400 PsychotherapeutInnen in Ausbildung (PiA) auf die Straße, um gegen unzumutbare und prekäre Bedingungen während der Ausbildungszeit zu protestieren. PiA sind PsychologInnen und PädagogInnen mit Diplom- oder Masterabschluss, die nach ihrem Studium eine 3- bis 5-jährige Ausbildung zur Psychologischen PsychotherapeutIn oder zur Kinder- und Jugendlichen-PsychotherapeutIn an staatlich anerkannten Instituten absolvieren. Die Ausbildung ist teuer, denn sie muss mit 25.000 bis 50.000 Euro selbst finanziert werden. Bestandteil dieser Ausbildung ist die »Praktische Tätigkeit« in psychiatrischen Kliniken und psychosomatischen Einrichtungen über einen Zeitraum von anderthalb Jahren. Mit Inkrafttreten des Psychotherapeuten-Gesetzes 1999 wurde festgelegt, dass die »Praktische Tätigkeit« absolviert werden muss, aber nicht, dass sie auch vergütet werden sollte. Diese Gesetzeslücke nutzen die Kliniken aus – insbesondere in Großstädten und Ballungsgebieten.

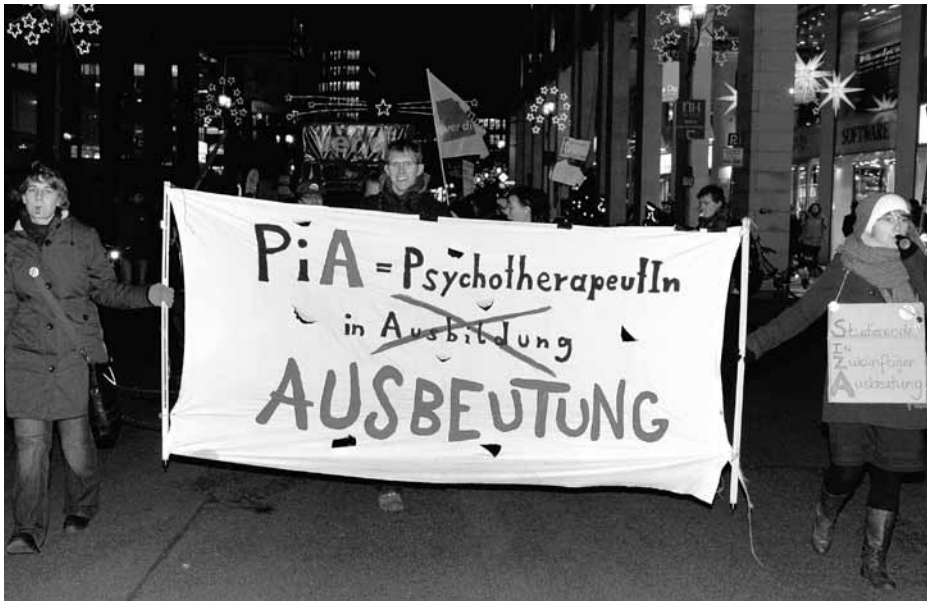
So zahlen die Berliner Kliniken ein Taschengeld zwischen 100 und 400 Euro für eine Arbeitszeit von durchschnittlich 30 Stunden pro Woche, teilweise sogar keinen einzigen Cent. Planstellen werden eingespart und durch »billigere« PiA ersetzt. Eingesetzt werden PiA für hoch qualifizierte Aufgaben wie Diagnostik, Einzel- und Gruppenpsychotherapie. Die »Praktische Tätigkeit« verfehlt das ursprünglich vorgesehene und bescheidene Ziel, die Krankheitsbilder kennenzulernen und wird zur regulären Pflichtversorgung psychiatrischer und psychosomatischer Patienten missbraucht.

Die Berliner Kliniken zahlen ein Taschengeld zwischen 100 und 400 Euro für eine Arbeitszeit von durchschnittlich 30 Stunden pro Woche, teilweise sogar keinen einzigen Cent.

Psychologischer PsychotherapeutIn und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut In kann nur werden, wer viel Geld hat oder wer kreditwürdig und dazu auch noch bereit ist, sich hoch zu verschulden. Das Recht auf freien Zugang zu Bildung, das eigentlich durch die UN-Charta, durch das Grundgesetz und auch durch die Verfassung von Berlin garantiert sein sollte, wird nicht gewahrt. Deshalb richten sie sich mit ihren Protesten einerseits an die Regierung, der bereits ein Vorschlag zur Reformierung des Psychotherapeuten-Gesetzes vorliegt. Andererseits fordern sie direkt von den Kliniken eine angemessene Vergütung.

Unter dem Motto »PiA – PsychotherapeutIn in Ausbeutung« wurden Anfang Dezember letzten Jahres mehrere Berliner Kliniken für eine Woche lang bestreikt. Zudem fanden in verschiedenen Städten Deutschlands Solidaritäts-Demonstrationen statt, um Aufmerksamkeit zu erlangen und die Öffentlichkeit über die ungerechten und existenziell bedrohlichen Bedingungen in der Ausbildung zu informieren.

Zum Auftakt der Berliner Streikwoche versammelten sich am 5. Dezember ungefähr 80 TeilnehmerInnen vor dem Auguste-Viktoria-Klinikum (AVK). An eine lange Wäscheleine wurden viele Hemden gehängt, um symbolisch darzustellen, dass PiA ihr letztes Hemd für die Ausbildung geben. Anschließend marschierten sie in einem Demo-Umzug um das Klinikgelände und machten lautstark mit Kundgebungen, Sprechchören und Trillerpfeifenlärm auf



Demonstration am 8. Dezember 2011 in Berlin. FOTO: ANKE RAUCH

ihre Situation aufmerksam. Höhepunkt der Streikwoche war der 8. Dezember, an dem nicht nur in Berlin, sondern ebenso in Mannheim, Wiesbaden, Köln, Hamburg, Münster, Nürnberg und München Demonstrationen stattfanden.

So versammelten sich vor dem Kölner Dom 200 Demonstranten: Die Demo-Organisatorin trug ein Schild mit der Aufschrift »In Kölner Kliniken arbeiten Psychologen ohne Gehalt!«, wodurch sie des Öfteren von Bürgern ungläubig angesprochen wurde. In Hamburg kamen vor dem Universitätsklinikum Eppendorf um die Mittagszeit rund 200 TeilnehmerInnen, um gegen die Ausbeutung zu protestieren: »Psychotherapieausbildung: Lernen wir mehr über Freud oder Leid?« lautete ein Plakat. Die Hamburger sprachen ihre Solidarität mit den Berlinern aus und hängten als Zeichen dafür ihre letzten Ausbildungshemden an eine lange Wäscheleine. Bereits im letzten Jahr hatten die Hamburger PiA gestreikt und immerhin eine Erhöhung der Vergütung von 0 auf 3 Euro pro Stunde erreicht.

In Berlin selbst versammelten sich rund 450 PiA vor der Charité Mitte. Große Aufmerksamkeit bekam die »PiA-Sklaven-Aktion«: Ein Klinik-Chef ließ sich auf einer rollenden Couch von angeketteten »PiA-Sklaven« ziehen und trieb sie mit Peitsche und Megafon durch die Straßen. Die Demo zog zum Verwaltungsgebäude der Charité, zum Marburger Bund und schließlich weiter zum Bundesministerium für Gesundheit.

Nicht nur in Berlin, sondern ebenso in Mannheim, Wiesbaden, Köln, Hamburg, Münster, Nürnberg und München fanden Demonstrationen statt.

Vier Stunden lang erschallten nicht enden wollende Sprechchöre wie »Arbeit mit Diplom – Nicht ohne Lohn!« oder »Rücken krumm, Taschen leer – Klinikleitung danke sehr!« Es entwickelte sich eine beeindruckende Atmosphäre gemischt aus Mut, Zusammenhalt, Solidarität und wütendem Protest. Vor dem Deutschen Bundestag, dem Endpunkt der Demo, zündeten die TeilnehmerInnen Kerzen an und schalteten Taschen- und Fahrradlampen ein, um auch noch im Dunkeln gesehen zu werden und ein Signal zu senden.

Im Anschluss an die Demo- und Streikwoche ließen sich zwei Berliner Kliniken auf Verhandlungsgespräche mit ihren PiA ein und haben die Vergütungen für die Praktische Tätigkeit erhöht. Nachdem bereits der Klinikkonzern Vivantes im Zuge des ersten Berliner Protest-Tages am 8. Juni 2011 die Vergütung von 200 auf 400 Euro verdoppelt hat, wird die jüngste Anhebung als Erfolg und auch als ein erstes Zeichen einer Wende gewertet. ■

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

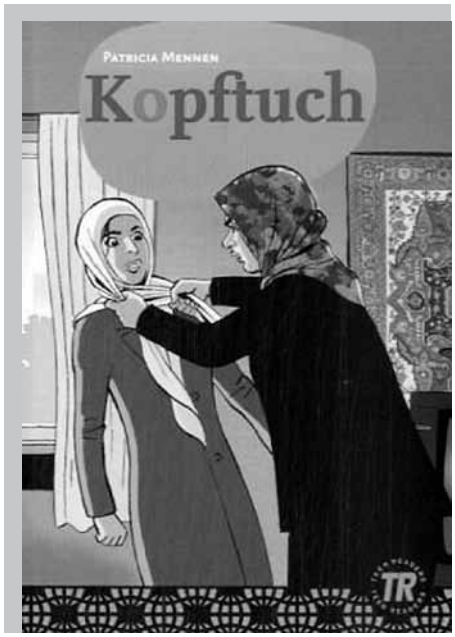
Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift



KEINE EMPFEHLUNG: »KOPFTUCH« VON PATRICIA MENNEN

Die Schullektüre »Kopftuch« von Patricia Mennen, unter anderem erschienen im Klett-Verlag, soll gemäß Eigenbeschreibung besonders geeignet für FremdsprachenlernerInnen zwischen 11 und 17 Jahren sein.

Erzählt wird die Geschichte der 15-jährigen Türkin Sibel, die unter den strickten Anweisungen ihrer Stiefmutter leidet. Sie wird zur Ausübung des islamischen Glaubens gezwungen, muss regelmäßig die Moschee besuchen und ein Kopftuch gegen ihren Willen tragen. In der Schule hingegen kleidet sie sich modern. Ihr Freund Mathias wird von der Familie nicht geduldet. Vielmehr hat die Familie beschlossen, sie mit einem Verwandten zu verheiraten. Sibel flieht vor der Familie und findet beim Jugendnotdienst Schutz. Sie beginnt ein neues Leben in einer unbekannten Stadt, fern ihrer Familie und Freunde. Probleme, die aus unterschiedlichen Lebensmustern entstehen, müssen in der Schule behandelt werden, um SchülerInnen bei ihrer Identitätssuche zu unterstützen.

Diese Hilfe leistet die vorliegende Lektüre leider nicht. Die vielfältigen Stereotypen und Klischees, die den Handlungsverlauf prägen, stehen einer sinnvollen Verwendung für den interkulturellen Unterricht entgegen. Sibel bewegt sich in zwei Kulturen, von denen die eine positiv und die andere negativ konnotiert wird. Während die türkisch-muslimische Gruppe, vertreten durch die Familie und den Hodscha, autoritär, traditionell und einfachen Gemüts dargestellt wird, erscheint die entgegengesetzte Gruppe im Licht eines aufgeklärten, demokratischen Denkens. Diese Gruppe, bestehend aus Freundin Lola und Freund Mathias, dem Lehrer und dem Jugendnotdienst, handeln nach humanistischen Werten, indem sie Sibel als Individuum aufnehmen, ihr helfen und sie vor ihrer Familie schützen. Diese Konstruktion von kulturellen Gegensätzen, die im Laufe des Buches nie infrage gestellt wird, offenbart einen statischen Kulturbegriff, der Kultur als eine homogene Einheit versteht. Erst die abgrenzenden Praktiken zur anderen kulturellen Gruppierung konstituiert das Selbstbild dieser Gruppe. Die Handlung suggeriert, dass Sibels Identitätsfindung nur durch das Ablegen ihrer ursprünglichen Kultur und die Annahme der Kultur der Mehrheitsgesellschaft gelingen kann. Bezeichnend ist, dass dieser Übergang ausschließlich anhand der Veränderungen von Sibels Äußerlichkeit dargestellt wird. Mantel und Kopftuch gelten als Symbol der Unterdrückung, in ihnen wirkt sie schüchtern, unauffällig und unattraktiv. Die moderne Kleidung, die sie in der Schule trägt, lässt sie hingegen attraktiv erscheinen: »Sibel kommt aus der Toilette und sieht toll aus. Sie hat eine perfekte Figur. Auf dem Weg ins Klassenzimmer drehen sich einige Schüler nach Sibel um. Der hässliche ›Mantelpavian‹ hat sich in eine Schönheit verwandelt.« Integration, so vermittelt die Geschichte, vollzieht sich über das äußere Erscheinungsbild einer Person. Das Kopftuch wird implizit zum politischen Symbol erklärt, ohne dass unterschiedliche Auffassungen diskutiert werden. Eine innere Auseinandersetzung über Vorstellungen von Identität und Zugehörigkeitsgefühlen findet nicht statt.

Darüber hinaus werden verschiedene gängige Stereotypen bezüglich traditionell islamischen Verhaltens in die Geschichte integriert. Die Stiefmutter verbietet aufgrund ihres strengen islamischen Glaubens Sibel alles, »was Spaß macht«, und organisiert die Zwangsheirat von Sibel mit dem Bruder der Stiefmutter. Die beiden Brüder wachen über die Ehre Sibels, indem sie unter anderem Mathias verprügeln. Obwohl die Geschichte aus verschiedenen Perspektiven erzählt wird und sich theoretisch für Übungen zum Perspektivwechsel anbietet, ist nicht zu übersehen, dass die Handlungsmotivationen der »muslimischen« Gruppe nicht thematisiert werden. Diese eindimensionale Perspektivwahl bestätigt die Stereotypen als zutreffend und knüpft an den gesellschaftlichen Diskurs an, der Muslime aufgrund ihrer kulturellen »Andersartigkeit« als nicht integrierbar darstellt. Daher trägt die Lektüre nicht zu einer produktiven Auseinandersetzung über fundamentalistische und traditionelle Religions- und Lebensmuster bei, sondern bedient kultur-rassistische Argumentationsmuster.

Den Schülerinnen wird eine Assimilation, verkleidet durch eine moderne Cinderella-Geschichte, vorgesetzt, die eine vollständige Anpassung an die Vorstellung eines »normalen deutschen« Jugendlichen fordert. Die Handlung des Buches konstruiert zwei unüberwindbare kulturelle Positionen, für eine der beiden muss man sich entscheiden. Auf diese Weise lässt sich eine kritische und vor allem transparente Auseinandersetzung über Identitätsfindung nicht führen.

Rita Schulte

»Kopftuch« von Patricia Mennen, Stuttgart 2009

ANZEIGE

GRIPS

Die fabelhaften Millibillies ab 1. Klasse
mit den größten GRIPS-Hits für große und kleine Kinder

für Schulen
3. und 4. April
jeweils 11.00Uhr

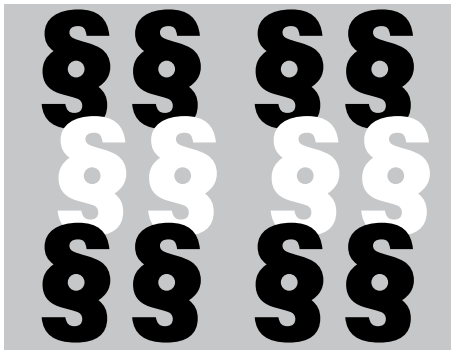
für Familien
7. April, jeweils 16.00 Uhr

GRIPS Klosterstraße
Straße 68 | 10179 Berlin
U2 Klosterstraße | S Alexanderplatz

Tel. 030 – 39 74 74 - 0 für Schulen
Tel. 030 – 39 74 74 - 77 für Familien

GRIPS

www.grips-theater.de



STREIK FÜR ALTERNSGERECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN

Im April des vergangenen Jahres streikten KollegInnen wegen der anhaltend hohen Arbeitsbelastung für alternsgerechte Arbeitsbedingungen. Lange Zeit wurde über die Rechtmäßigkeit dieses Streiks gestritten. Hierzu hat nun Ulrich Battis von der Humboldt Universität Berlin ein Rechtsgutachten vorgelegt. Die drei Ergebnisse in Kurzform:

1. Die vom Senat behauptete Friedenspflicht bestand nicht, weil die Forderungen noch nicht durch vorliegende Tarifbestimmungen geregelt waren und weil es keine Vereinbarung gab, diese Forderungen nicht regeln zu wollen.
2. Die beiden Streikziele (alternsgerechte Arbeitsbedingungen und Eingruppierungsregelungen) waren tarifvertragsfähig.
3. Die Arbeitskampfmaßnahmen waren nicht unverhältnismäßig. Damit ist der Warnstreik als rechtmäßig einzustufen.

Auf der anderen Seite waren damit die Sanktionsmaßnahmen der Senatsverwaltung nicht rechtens und sind zurückzunehmen. Die GEW-Rechtsschutzstelle unterstützt die betroffenen KollegInnen.

Hartmut Schurig

ÜBERLEITUNG IN DIE NEUE BESOLDUNGSORDNUNG

Die Überleitung der BeamtInnen in die neue Berliner Besoldungsordnung hat bei vielen Betroffenen zu Irritationen und Protest geführt, deswegen aus Sicht der Rechtsschutzstelle einige Klarstellungen:

1. Viele KollegInnen verstehen nicht, warum sie – obwohl schon lange in der Endstufe ihrer Besoldungsgruppe – nun nicht in der neuen Endstufe 8, sondern in einer Stufe 7+ landen. Das liegt daran, dass die Bruttobeträge der alten und der neuen Besoldungsgruppen voneinander abweichen. Übergeleitet wird nach dem bisherigen Bruttobetrag der erreichten Besoldungsstufe, es entsteht also kein finanzieller Verlust. Man kann dann noch einmal in die Stufe 8 aufsteigen, der Zugewinn ist allerdings minimal. Hier besteht also kein Handlungsbedarf.
2. Ärgerlicher und und auf mittlere Sicht auch ein Einkommensverlust ist es, dass viele KollegInnen, die beispielsweise schon mehrere Jahre in der Stufe 11 waren und schon einen erheblichen Teil ihrer Wartezeit auf die Endstufe hinter sich gebracht hatten, nun in die Stufe 7 eingruppiert worden sind und erneut vier Jahre auf die neue Endstufe 8 warten müssen. (Das gilt natürlich auch für andere Stufen.) Die Überleitung basiert jedoch auf dem Lebenseinkommen und darauf bezogen gleicht sich der Verlust wegen der höheren finanziellen Ausstattung der Stufen wieder aus oder reduziert sich auf einen minimalen Betrag, der aus Sicht der Verwaltung hinzunehmen ist. Der Rechtsschutz wird hierzu ohne allzu große Erwartungen einen Musterprozess führen. Wer diese Chance nutzen will, sollte also eine kurze schriftliche Mitteilung an die Personalstelle richten, dass der vorgenommenen Einstufung wegen der damit verbundenen längeren Wartezeit auf die nächsthöhere Besoldungsstufe widersprochen wird. Eine Kopie dieses Schreibens bitte gut aufheben. Sollte hier tatsächlich etwas erreicht werden, werden wir umgehend zum weiteren Vorgehen informieren.

Einen realen Verlust wird es für diejenigen geben, die vor Erreichen der nächsten Stufe wegen Dienstunfähigkeit ausscheiden müssen und natürlich auf der Basis der erreichten Besoldungsstufe in den Ruhestand geschickt werden. Wir können dieses Problem aber nicht theoretisch lösen, sondern müssen beim ersten praktischen Fall die Erfolgsaussichten einer Klage prüfen.

3. Besonders aufgebracht sind die KollegInnen, die im August 2011 die nächsthöhere Stufe erreicht und in der Regel bereits die höhere Besoldung erhalten haben. Da die Überleitung aber auf der Basis der Besoldung am 31. Juli 2011 vorgenommen wird, verlieren sie diese Erhöhung wieder. Die Formulierung hierzu in der Überleitungsregelung ist zumindest zweideutig, sodass hier bessere Erfolgsausichten für ein juristisches Vorgehen gesehen werden können. Betroffene Mitglieder der GEW sollten sich mit einem kurzen Anschreiben im Rechtsschutz melden.

Ingeborg Uesseler-Gothow

DAS NEUE FAMILIENPFLEGEZEITGESETZ

Zum 1. Januar 2012 ist das Familienpflegezeitgesetz in Kraft getreten. Das seit 2008 geltende Pflegezeitgesetz hat weiterhin Bestand. Beide Gesetze finden für ArbeitnehmerInnen, zu ihrer Berufsbildung Beschäftigte und arbeitnehmerähnliche und in Heimarbeit beschäftigte Personen Anwendung. BeamtInnen sind ausdrücklich nicht benannt.

Nahe Angehörigen im Sinne der Pflegezeit sind Großeltern, Eltern, Schwiegereltern, Ehegatten, Lebenspartner, Partner in einer eheähnlichen Gemeinschaft, Geschwister, Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder (auch die des Ehegatten oder Lebenspartners), Schwiegerkinder und Enkelkinder.

Nach dem Pflegezeitgesetz besteht in akuten Pflegesituationen die Möglichkeit, jeweils bis zu zehn Arbeitstage von der Arbeitsverpflichtung freigestellt werden. Die Entgeltfortzahlung ist in den meisten Fällen deutlich kürzer. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, für maximal sechs Monate von der Arbeit freigestellt zu werden, um pflegebedürftige nahe Angehörige zu pflegen. Dafür besteht kein Anspruch auf Entgeltfortzahlung, sodass auch Regelungen für die Kranken- und Pflegeversicherung bedacht werden müssen.

Nach dem neuen Familienpflegezeitgesetz kann unter bestimmten Voraussetzungen die Arbeitszeit und Entgelt für maximal zwei Jahre reduziert werden. Um finanzielle Härten zu vermeiden, kann zunächst mehr Entgelt gezahlt werden, als Arbeitsleistung erbracht wird; in der Folgezeit muss von der ArbeitnehmerIn der Ausgleich erbracht werden. Ob die Senatsverwaltung die Möglichkeit einräumt, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Beschäftigte erhalten Antragsformulare für Freistellungen nach dem Pflegezeitgesetz bei den Personalstellen. Zur Information und Beratung können Sie sich an die zuständige Personalvertretung oder die GEW wenden (vbba@gew-berlin.de).

Susanne Reiß

»Das Gras wächst doch nicht schneller, wenn man daran zieht!«

Die AutorInnen Lutz Hübner und Sarah Nemitz über Schulen und Entschleunigung

Die Fragen stellte Anja Kraus vom GRIPS-Theater

Fünf Erwachsene sitzen auf Kinderstühlchen zwischen Kastanienmännchen und Laubgirlanden, bereit, dem Feind ins Auge zu sehen: Es ist Elternabend! Wieso bekommt die Klassenlehrerin Frau Müller nicht mit, dass das Kind nie zu Geburtstagen eingeladen wird, just am Tag vor der Mathearbeit einen üblen Husten hatte und es sich doch so unglaublich viel Mühe mit den Kastanienmännchen gegeben hatte? Das muss man doch merken und berücksichtigen bei der Notengebung als Pädagogin. Erst recht, wenn es jetzt um die Wurst geht: Bekommen die Kleinen die Gymnasialempfehlung oder nicht?

Mit ihrer Komödie »Frau Müller muss weg« über einen Elternabend hat das Ehepaar Lutz Hübner und Sarah Nemitz offensichtlich einen Nerv getroffen, denn seit der Uraufführung im Januar 2010 haben bundesweit schon 14 Theater das Stück inszeniert. Im GRIPS-Theater hatte das Stück am 4. Februar 2012 Premiere. Die Besprechung steht auf Seite 32.

Trotz der Blumen ist Frau Müller (Regine Seidel) empört über die Anwürfe der Eltern.

Die Eltern in Panik: Kommt Frau Müller wieder?

FOTOS: DAVID BALTZER

In eurem Stück taucht oft das Thema Leistung, die Kinder zu erbringen haben, auf, Gymnasium ist das wichtigste Ziel, das die Kinder in der Grundschule zu erreichen haben. Wie habt ihr, die ihr ja selbst Eltern einer mittlerweile 14-jährigen Tochter seid, denn die Grundschule wahrgenommen?

SARAH NEMITZ: Es besteht mittlerweile ein Konsens in der Gesellschaft, was Kinder zu leisten haben, und zwar von frühester Kindheit an. Das war mir vorher nicht so bewusst, die Erziehungsziele in meinem Umfeld als Kind hatten mehr mit Selbstfindung und der Suche nach persönlicher Zufriedenheit zu tun. Ich war überrascht, wie stark Ängste vor sozialem Abstieg einerseits und Elitedenken andererseits den Umgang mit noch relativ kleinen Kindern bestimmen.

LUTZ HÜBNER: Ja, ein Punkt ist auf jeden Fall, dass Schule als Startblock für die spätere Karriere gesehen wird. Also Schule ist kein Freiraum mehr für Lernprozesse und Ausprobieren, sondern man hat den Eindruck, dass es drum geht, dem eigenen Kind einen Standortvorteil oder einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Es gibt ja nichts auszusetzen an bilingualen Kindergärten, absurd wird es erst dann, wenn das von den Eltern ideologisch aufgeladen wird. Also, wenn dann wirklich gefragt wird, ab wann kann mein Kind Chinesisch lernen, weil das der Markt der Zukunft ist. Oder wie kann mein dreijähriges Kind Entspannung lernen, damit es dann wieder gut arbeiten kann. Natürlich lieben es Kinder auch, Aufgaben zu bekommen und gefordert zu werden. Aber wenn es jetzt schon Berufsberatung für Zehnjährige gibt (die gibt es wirklich), dann nimmt man den Kindern doch auch etwas.

Wird in der Vorschule festgestellt, dass das Kind sprachbegabt sein könnte und es deswegen möglichst schnell auch noch

eine dritte Fremdsprache haben muss, sodass es mit acht Jahren dreisprachig ist, trifft das genau den Wahnsinn, der momentan gesellschaftlich durchgereicht wird in das jetzige Bildungssystem. Ich denke, ein Kind muss doch in der Pubertät auch beispielsweise die Idee haben dürfen, Rockstar oder Goldschmied zu werden, um dann mit 18 Jahren doch noch ganz was anderes machen zu dürfen. Aber wenn man diese Phase des Herumspinnens schon in der Kindheit streicht, betrügt man Kinder um eine wichtige Phase ihrer Entwicklung.

Was würdet ihr euch konkret für die Schulen wünschen?

SARAH N.: Ich würde mir erst einmal wünschen, dass das Alter für die Einschulung wieder hoch gesetzt wird. Und auf jeden Fall: kleinere Klasse und wieder ein bisschen mehr Spielraum für alle. Und entspanntere Lehrer und Eltern, dass sich alle mal wieder ein bisschen beruhigen. Es wäre schön, wenn in der Schule ein Klima geschaffen würde, in dem die Freude am Lernen und am sozialen Miteinander im Vordergrund steht und nicht das Konkurrenzdenken.

LUTZ H.: Lehrer formulieren es beispielsweise auch selbst so, dass ihre Ausbildung praktischer orientiert sein müsste. Wir sind oft auf Lehrer getroffen, die von Anfang an eine mir unverständliche konfrontative Haltung gegenüber Schülern entwickelt haben. Ich hatte da oft den Eindruck, dass die Schulen gut daran tun würden, der sozialen Dynamik ihres Betriebs mehr Rechnung zu tragen und dafür zu sorgen, dass es Freiräume gibt, wo Leute wieder auftanken können, beispielsweise mit Hilfe von Supervisionen, bevor sie wieder in den Unterricht gehen.

SARAH N.: Mir wäre auch daran gelegen, dass der Lernprozess und nicht so sehr das Ergebnisse-Abfragen im Vordergrund steht. Das geht mir auch viel zu früh los, Kinder müssen immer schon fertig sein, mit fünf Jahren müssen sie sich die Schuhe binden, und ewig am Schreibtisch sitzen und konzentriert arbeiten können. Es wäre schön, wenn man den Kindern etwas mehr ihren eigenen Rhythmus lassen könnte, als sie so früh über einen Leistungbewertungskamm zu scheren.

LUTZ H.: Entschleunigung wäre meiner Meinung nach das richtige Konzept. Kinder und Jugendliche brauchen Zeit. Das Gras wächst doch nicht schneller, wenn man daran zieht! ■

Nächste Aufführungen: 22./23./24. März; 3./4./5./6. April

Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin

Ein multidisziplinäres und mehrsprachiges Team unterstützt und hilft

von Nuran Yigit, Projektleiterin

Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) ist ein Projekt des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg und seit 2003 auf lokaler, bundesweiter und europäischer Ebene aktiv. Gefördert wird das Projekt aus dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus des Berliner Senats. Das ADNB des TBB setzt sich für die Überwindung und Verhinderung von Diskriminierung zur Herstellung tatsächlicher Gleichbehandlung ein. Zu den Arbeitsbereichen gehören Beratung und Unterstützung bei Diskriminierung, Vernetzung von AkteurInnen im Antidiskriminierungsbereich, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie politisch-gesellschaftliche Interventionen.

Das ADNB des TBB berät und unterstützt Menschen mit Migrationsgeschichte, People of Color und Muslime, die aufgrund ihrer (zugeschriebenen) ethnischen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Sprache, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität, ihrer Behinderung oder chronischen Krankheit oder ihres Alters diskriminiert werden. Dabei können auch Mobbing, Belästigung, Beleidigung und Nötigung Formen von Diskriminierung darstellen. In der Beratung verfolgt das ADNB des TBB einen mehrdimensionalen Ansatz, demzufolge wird Diskriminierung sowohl als ein strukturelles als auch ein individuelles Phänomen gefasst. Die Perspektive der Betroffenen wird in den Mittelpunkt gerückt und in ihrer gesamtgesellschaftlichen Verwobenheit betrachtet.

Zu den Beratungsprinzipien des ADNB des TBB gehören Vertraulichkeit, Parteilichkeit und Unabhängigkeit. Die Orientierung an den Interessen und Zielen der KlientInnen sowie ihr Empowerment sind dabei von zentraler Bedeutung. Daher bietet das ANDB auch Empowermenttraining an, die auf die Aktivierung und Stärkung des Selbsthilfe- und Handlungspotenzials der Betroffenen und gegen die erlebte Ungleichbehandlung im Alltag abzielen.

In einem multidisziplinären und mehrsprachigen Team bringt das ADNB des TBB verschiedene Komponenten einer qualifizierten Antidiskriminierungsberatung zusammen. Dazu gehören die psychosoziale Unterstützung der KlientInnen sowie die fundierte Kenntnis und Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Das Verfassen von Beschwerdebriefen, die Einbeziehung anderer Stellen, die Begleitung zu Gesprächen und auch die Beistandschaft vor Gericht gehören zu den Unterstützungsangeboten. Die Beratung erfolgt auf Deutsch, Türkisch, Englisch oder Spanisch, und ist kostenlos. Man kann sich auch anonym und/oder online unter www.adnb.de beraten lassen. ■

Offene Beratungszeiten: Dienstag von 15 – 17 Uhr, Donnerstag von 10 – 12 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. ADNB des TBB, Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin, Tel.: 030 / 61 30 53 28, Fax.: 030 / 61 30 43 10

Runderneuert in die Zukunft

Die DGB-Jugendbildungsstätte in Flecken Zechlin ist nicht nur für Jugendseminare attraktiv

von Martina Panke und Carola Wöhlke, Jugendbildungsstätte

Ein offenes Haus in idyllischer Lage, Badesteg, Volleyballplatz, Wander- und Radwege, Tagungsräume mit moderner Technikausstattung, »Kneipe«, Sauna und eine abwechslungsreiche Verpflegung – mit diesem Angebot ist die Jugendbildungsstätte Begegnungsort für Jugend- und Erwachsenengruppen aus Gewerkschaften, Schulen und Vereinen. Eingebettet in die schöne Ruppiner Seenlandschaft bietet die Bildungsstätte eine besondere Atmosphäre für das gemeinsame Lernen und Arbeiten, für Begegnung und Austausch, für ein solidarisches Miteinander und für die Entwicklung neuer Ideen.

In den letzten beiden Jahren wurde das mittlerweile 20 Jahre alte Gebäude umfänglich renoviert: Die Doppel- und Mehrbettzimmer wurden zeitgemäß saniert, die Seminarräume neu eingerichtet, Disco und Fitnessraum umgestaltet. Die Zertifizierungskommission des »Qualitätsmanagements Kinder- und Jugendreisen« verlieh der DGB-Jugendbildungsstätte daraufhin 3 Sterne, die für eine moderne, jugendgerechte und funktionale Ausstattung bürgen.

Die Jugendbildungsstätte in idyllischer Lage FOTO: PRIVAT

Für das Wohlbefinden erwachsener Gäste werden derzeit die Einzelzimmer renoviert und die Ausstattung der Sanitärräume verbessert. Auch für die Freizeit ist gesorgt: Ein kostenfreier WLAN-Empfang wurde eingerichtet, die hauseigene Kneipe, der Fitnessraum und die Sauna sind saniert. Mit dem Slogan »preiswert Tagen in Ruhe und Natur« möchte die Bildungsstätte verstärkt Gewerkschaftsgruppen, Vereine und Initiativen mit geringem Budget von der besonderen Qualität des Ortes überzeugen: Im Jugendbereich hat sich die Bildungsstätte in den letzten Jahren Schulen und Vereinen weiter geöffnet, Partnerschaften ausgebaut und ein Angebot programmatischer Klassenfahrten entwickelt: Unter dem Leitmotiv »Natur gemeinsam erleben« werden Teamaktionen und Wasseruntersuchungen, Orientierungswanderungen und Kajaktouren in die Ruppiner Seenlandschaft angeboten. »Teambildung« und »Kommunikation« sind die beliebtesten Themenschwerpunkte zur Ausgestaltung des Leitmotivs. Ein besonderes Anliegen ist der DGB-Jugendbildungsstätte die Unterstützung von SchülerInnen-Vertretungen – aber auch Mitglieder von Schulkonferenzen planen hier ihre Arbeit. Sie nutzen die Chance, in Ruhe und Natur konzentriert zu arbeiten und gemeinsam zu entspannen.

Weitere Infos: www.dgbjugendbildungsstaette.de

ANZEIGE

Nicht quadratisch, aber praktisch und gut.

Das Angebot besteht aus:

2 x Bettrahmen 90 x 200 cm in Buche natur, lackiert
2 x Rollrost
2 x Polyschaummatratze Delphin 14 RG 40, fest

Der Sonderpreis von 1.300,– gilt bei Bestellung bis zum 31.3.2012 und versteht sich incl. Lieferung und Aufbau in Berlin. Die Lieferzeit beträgt ca. 6 Wochen.

Entdecken Sie die Welt der intelligenten Massivholzmöbel.

Kantstr. 17/ Ecke Uhlandstr.
im stilwerk · 10623 Berlin
Telefon: 030 - 315 15 460
Internet: www.trollhus.de

TROLLHUS
NATÜRLICH SCHÖN WOHNEN

Virtuelle Freunden

Ich lese in meinem Mail-Postfach grundsätzlich alles. Mein Neffe Jonas ist entsetzt: »Du öffnest Spam-Mails? Wie beknackt ist das denn? Damit fängst du dir nur Viren ein! Unbekannter Absender – sofort löschen!«

Das wäre in meinem Fall eigentlich schade: Zahllose begeisterte Leserbriefe blieben ungelesen. Abdruckgesuche aus aller Welt würden im virtuellen Papierkorb landen, die Benachrichtigung des Pulitzer Preis-Komitees, mit der ich stündlich rechne, einfach so im Orkus verschwinden. Ich würde viele aufregende Nachrichten verpassen, Einladungen zu Internetforen nicht wahrnehmen und nie erfahren, dass meine ehemalige Schülerin Nadine-Chantal jetzt zwei Kinder hat: Britney-Cheyenne und Luther-Jerome. Mir würden die tiefgründigen Gedanken einer tiefgläubigen Frau aus dem tiefen Süden der Republik entgehen, die massenhaft Eingaben und Aufrufe an Politiker produziert, damit arme deutsche Schulkinder nicht im Ganztagsknast landen und das seit Kaiserzeiten bewährte fünfgliedrige Schulsystem (?) unbedingt beibehalten wird.

Soll ich etwa auf die ergreifenden Kettenbriefe verzichten, die mich häufig aus den USA erreichen? Reizende Menschen schicken mir Lebensweisheiten und Gebete, die ich aufsagen und weiterleiten muss, will ich Schaden von mir abwenden. Martha aus Massachusetts hat so eine Mail ignoriert. Innerhalb einer Woche hat sie ihren Ehering im Müllschlucker verloren. Wenig später sind ihr Hund und ihr Mann entlaufen. Ihr Rasenmäher wurde gestohlen und ihre Festplatte verschmorte. Um persönliches Unglück zu vermeiden, habe ich die Kettenbotschaft »Du bist eine wunderbare Frau!« umgehend weitergeleitet, auch an meine Schwager und Neffen.

Unlängst erhielt ich von Christiane aus Winsen an der Luhe folgende Nachricht: »Bist du auch gelangweilt und frustriert? Hast du die Nase voll davon, im Bett seit 20 Jahren immer dasselbe zu erleben? Schick einfach deinen Mann an die obige Adresse, leite diese Mail an zehn ebenso frustrierte Freundinnen weiter, und in sechs Wochen werden Hunderte von Männern vor deiner Tür stehen!« Darauf warte ich gespannt. Bisher ist allerdings weder mein Partner zurückgekehrt noch sind die angekündigten Fremdmänner eingetroffen.

Dafür erhalte ich regelmäßig Mails mit dem vielversprechenden Betreff »Hi«. Vertrauensvolle Menschen wollen mir Teile ihres Vermögens übertragen. In Form von Geld, Gold, Containerschiffen oder Diamanten. Sie wohnen in Ohio, Okaputa oder Osaka. Sie sind verwitwet, verfolgt oder kinderlos. Sie bitten mich um Hilfe. Dazu müsste ich nur ein Zehntel ihres Vermögens übernehmen – oder auch das ganze. Aber mein Steuerberater wittert überall Fallen: Mit der Übernahme von Diamanten und Containerschiffen käme ich nur in eine ungünstigere Steuerklasse. Er warnt mich auch davor, mir all die Lottogewinne auszahlen zu lassen, die mich wöchentlich per Mail erreichen. Zu viel Geld macht unglücklich.

Interessant auch die Mails mit den medizinischen Sonderangeboten. Zu meinem Bedauern habe ich aber keine Zeugungsorgane, die ich preisgünstig verlängern lassen könnte. Ich habe dafür Hunderte dieser Boykott-Mails gegen eine Tankstellenkette weitergeleitet und meine Benzinmarke gewechselt. Trotzdem ist der Benzinpreis nicht – wie versprochen – um 50 Cent gesunken. Hin und wieder bedauern in meinem Mail-Postfach »alte Freundinnen«, dass wir lange nichts voneinander gehört hätten, und laden mich auf ihre Websites ein. Ein paar dieser Phoebes und Maggies habe ich mir angesehen. Ich kannte sie jedoch gar nicht und fand es seltsam, dass sie nackt bügeln.

Mit einem einfachen Klick kann ich sämtliche Mails an mein soziales Netzwerk weiterleiten. Ruckzuck, und halb Deutschland kennt denselben Witz. Anscheinend kursieren manche Texte in allen Büros dieses Planeten. Beispielsweise erhalte ich den Brief »Wir waren Helden« von ganz unterschiedlichen Absendern. Der unbekannte Verfasser wundert sich darin, dass unsere Generation ganz ohne Fahrradhelm und Handy-Ortung überlebt hat.

Die Möglichkeit, im Internet blitzschnell zu agieren, hat allerdings auch Nachteile. So habe ich bei einer Billig-Airline im Handumdrehen sieben Flüge nach Tallinn gebucht, obwohl ich eigentlich nur einen brauche, – statt eines Buches bei Amazon mit einem Klick fünf weitere bestellt, deren Titel verheißungsvoll klangen. Schon dreimal habe ich jemandem eine Mail geschickt, die absolut nicht für ihn bestimmt war. Meine Freundin mailt mir seit Wochen nicht mehr, nachdem ich ihr aus Versehen die lästerlichen Gedanken einer anderen Freundin geschickt habe. Vielleicht sollte ich lieber wieder Briefe per Post schreiben, da hat man mehr Zeit zum Nachdenken ...

Gabriele Frydrych

Eine Kuh mit zwei Köpfen spielt die Hauptrolle in der kleinen Kuh-Serie bei Atze. Ein faszinierendes Mini-Musical. Besprechung siehe unten. FOTO: JÖRG METZNER

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Eine Kuh als Serienheldin – dieses kleine Theaterwunder gelingt der StaatsPOPerette bei **Atze**. Es ist allerdings eine besondere Kuh mit zwei sprechenden, agierenden, miteinander streitenden und sich wieder versöhnenden vitalen »Köpfen« – der eine vorn, wie es sich gehört, ein zweiter hinten. Und damit ist ein Grundmuster etabliert: Kopf und Bauch, Ratio/Gefühl, überlegenes Wissen/neugieriges Fragen, Intellektualität/Körperlichkeit, Kultur/Natur. Das Ganze aber nicht als Leistungskurs Philosophie, sondern als ein faszinierendes Mini-Musical (ab 5) voller Überraschungen und Abenteuer, an dem auch Erwachsene ihre Freude haben. Da wird einiges an biologischer Grundlage eingespielt (Fressen – Verdauung – Milchproduktion), werden bekannte Märchenmotive eingebaut (Hase und Igel), gibt es duftige Musik, teils frisch komponiert, teils Kinderlied und Kindertanz bis hin zu Arie und Oper. Und dazu jeweils eine spannende Begegnung mit ein, zwei anderen Tieren und wichtigen Themen/Inhalten.
Drei Stücke gibt es bisher: In *»Alle Kühe fliegen hoch«* geht es um Freundschaft, Streit und Versöhnung – und um den Lebenstraum, zu fliegen, der schließlich in Erfüllung geht; *»Die Wutkuh«* muss sich um Gegenwartsprobleme kümmern (Autobahnbau, Umwelt) und den Tod eines Tierfreundes betrauern; *»Am Anfang war die Kuh«* behandelt Flucht und Asyl, Eigentum und fremde Sitten, Tiere in Käfighaltung. Noch einmal: unterhaltsam, spielerisch, verständlich, witzig und inhaltsreich (ab 5).

Ein Rock-Programm aus den wunderbaren Grips-Liedern singen und spielen *»Die fabelhaften Millibillies«* im **Grips Klosterstraße;** sie machen eine traumhafte Lehrstunde zu Tönen und Musik daraus und eine berührende Begegnung zwischen zwei jungen Menschen, die erst so gar nicht zueinanderpassen (ab 7).

Schule ist eigentlich ein Spiel (oder ein Kampf) zwischen drei Parteien; zwei davon, LehrerInnen und Eltern, sind bei **Grips** einsehbar offen auf der Bühne zu erleben; Die SchülerInnen, die dritte Gruppe, sitzen zahlreich im Theater und schauen gespannt und amüsiert (vielleicht auch wütend oder traurig?) zu, wie über sie verhandelt wird. Eigentlich wäre da noch eine vierte Partei, die Gesellschaft, die Politik – aber diese Abstraktionen sind kaum zu greifen. Also Eltern gegen Lehrerin: *»Frau Müller muss weg«*; sie wird nicht fertig mit der Klasse; gibt zu schlechte Zensuren; die Gymnasialempfehlung ist in Gefahr, damit das Lebensschicksal der Kinder; sie soll die Klasse abgeben. So Problem und Konflikt, abgehandelt als Intrigenkomödie »über einen Elternabend« mit fünf scharf umrissenen Eltern-(und Sozial-)typen (vorzüglich besetzt!), einer Fülle von Pointen und rhetorischen Glanzleistungen, von virtuosen, politisch inkorrekten Formulierungen, verbalen Tiefschlägen, Missverständnissen und Überraschungen. Keine stringente Konstruktion, sondern ein typischer Komödienschluss; kaum Aufklärung und Analyse; die Situation so allgemein und ungefähr, dass das Stück überall gespielt werden kann. Die fragile Lehrerin freilich hat eine klare Position; zwar verliert sie zeitweilig ihre Souveränität unter dem Ansturm der von der Angst um die Karriere ihrer Kinder getriebenen Eltern – aber sie nimmt ihre Verantwortung ernst, kann Fehler eingestehen. Kein Happy end. Hat doch die Gesellschaft Schuld, die Partei Nummer vier? – aber sind das nicht wir? Jubelnder Applaus – beste Unterhaltung (ab 16, vor allem aber für Eltern und LehrerInnen).

Noch einmal ein Kiez-Hinweis: Im Reinickendorfer **Atrium** gab es zum chinesischen Neujahrsfest einen Abend mit drei chinesischen Tanzgruppen der Tänzerin und Theaterpädagogin Jie Yü – eine vielgestaltig farbenfrohe Begegnung mit ferner (aber in Berlin beheimateter!) Kultur. *Hans-Wolfgang Nickel*

FORTBILDUNG

Freinet-Weiterbildung
Die Freinet-Kooperative bietet unter der Schirmherrschaft von Enja Riegel eine zweijährige berufsbegleitende Weiterbildung »Theorie und Praxis der Freinet-Pädagogik« an, sie beginnt im Dezember 2012. Nähere Infos und Anmeldung (bis 15. Juni 2012): Freinet-Kooperative e.V., Sielwall 45, 28203 Bremen, Tel: 0421-344 929, mail@freinet-kooperative.de, www.freinet-kooperative.de

Gewerkschaftliche Bildung
In folgenden Seminaren der GEW Berlin sind noch Plätze frei. Bitte schnell anmelden!
• Individuelle Förderung durch Binnendifferenzierung im Unterricht [12-S-1013], 2.3., 9-16.30 Uhr, GEW-Haus, 0/40 Euro
• SOR – Menschenrechtserziehung und Antidiskriminierungsarbeit in der Grundschule [12-S-1018], 8.3., 9.30-16 Uhr, GEW-Haus, 0/40 Euro
• Erarbeitung des Zahlenraums 1 bis 1000 in heterogenen Lerngruppen [12-S-1019], 8.3., 15.30 bis 18.30 Uhr, 1. Gemeinschaftsschule Charlottenburg, 0/25 Euro
• Differenzierende und alternative Bewertungsformen in der Grundschule [12-S-1026], 15.3., 15-18 Uhr, GEW-Haus, 0/20 Euro
• Mit den eigenen Ressourcen verantwortlich umgehen [12-S-1028], 17.3., 9.30-16:30 Uhr, GEW-Haus, 0/25 Euro
• Stimme: »Sie haben gut reden!« [12-S-1030], 20.3., 9-16.30 Uhr, GEW-Haus, 25/100 Euro. Wiederholung: 15.5., 9-16.30 Uhr, [12-S-1076]
• Lernwege für das jahrgangsübergreifende Lernen in den Sachfächern Kl. 4-6 [12-S-1039] am 27.3., 15-18 Uhr, im Deutschunterricht Kl. 4-6 [12-S-1077] am 15.5., 15-18 Uhr, Wilhelm-Hauff-Grundschule
• Aufgaben von KlassenlehrerInnen [12-S-1040], 29.03., 16.30 bis 20 Uhr, GEW-Haus, 0/25 Euro
• Schulrecht [12-S-1044], 18.4., 17-20 Uhr, GEW-Haus, 0/25 Euro
• Fit für Funktionsstellen [12-S-1045], 18.4., 17-20 Uhr, GEW-Haus, nur Mitglieder
• Offene Aufgabenformate und Lernumgebung im Mathematikunterricht 1-3 [12-S-1047], 19.4., 15.30-18.30 Uhr, 1. Gemeinschaftsschule Charlottenburg, 0/25 Euro
Computerkurse: *Eine Kurseinheit besteht aus je zwei Blöcken à 2,5 Stunden, jeweils donnerstags und dienstags von 16.30 bis 19.00 Uhr, 35/70 Euro, Leitung: Peter Sperling.*
• E-Mail und Internet I [12-C-1012], 1.3. und 6.3.
• E-Mail und Internet II [12-C-1020], 8.3. und 13.3.

• Textverarbeitung I [12-C-1027], 15.3. und 20.3.
• Textverarbeitung II [12-C-1033], 22.3. und 27.3.7
• Powerpoint I [12-C-1048], 19.4. und 24.4.
• Powerpoint II [12-C-1059], 26.4. und 3.5.
• Tabellenkalkulation I [12-C-1071], 10.5. und 15.5.
• Tabellenkalkulation II [12-C-1085], 24.5. und 29.5.
Mehr Informationen und Anmeldungen unter http://www.gew-berlin.de/seminare (E-Mail: info@gew-berlin.de, Tel. 030 / 21 99 93 0, Fax 030 / 21 99 93 50)

AKTIVITÄTEN

Erste Bundeskonferenz der jungen GEW
Erstmalig bundesweites Vernetzungstreffen der jüngeren Generation in der GEW unter dem Motto »Occupy Union: Bildungsgewerkschaft in Bewegung«. Vier Tage Workshops, Vorträge und Raum für eigene Themen in gemütlicher Atmosphäre mit Kultur, Party und selbst gestalteten Phasen. Bildung, Gewerkschaft und soziale Bewegungen – das sind die Leitthemen der Veranstaltung. Mit dabei sind u.a. Alex Demirovic, Katja Urbatsch von arbeiterkind.de, Costantinto Gianfrancesco und Jule Schulz von Occupy Frankfurt sowie der Vize-Präsident des griechischen Lehrerverbandes OLME. Neben den Vorträgen und Workshops gibt es auch ausreichend Platz für deine eigenen Themen. 25.-28. Mai 2012 in Rotenburg a.d. Fulda (Hessen). Weitere Infos und Anmeldung: www.occupy-union.de

Cornelia-Funke-Ausstellung verlängert bis 5. August 2012
Die Erlebnis-Ausstellung »FRISCHE TINTE – Reckless und was davor geschah« ist bis zum 5. August 2012 verlängert worden. Terminwünsche für Gruppen werden ab sofort unter der Telefonnummer 030-800 93 11-50 entgegengenommen. Zum Ausstellungsfinale von FRISCHE TINTE bietet das Kindermuseum vom 8. Mai bis zum 5. August eine große Illustrations-Werkstatt an, in der Mädchen und Jungen die Bilderbücher von Cornelia Funke neu und ganz nach ihren eigenen Vorstellungen illustrieren können. Die interaktive Ausstellung für Kinder von 4 bis11 Jahren stellt acht

Geschichten der Autorin in den Mittelpunkt. An den zahlreichen Spielstationen können die Kinder eintauchen in die Geschichten und Fantasiewelten der Bücher. http://www.frischetinte.com

Angebote für SchülerInnen im Bereich Naturwissenschaft und Technik
• Der Studienwahl-Kurs »Talent Take Off – Einsteigen« richtet sich an die Klassen 10 bis 12. Im Workshop erkunden die Teilnehmenden ihre eigenen Interessen, Stärken und Ziele. Ein Technik-Workshop sowie ein Besuch eines Fraunhofer-Instituts und Gesprächsrunden mit Studierenden, WissenschaftlerInnen unterstützen bei der Suche nach dem passenden Studienfach. Vom 30. Juli bis 4. August 2012 (Bewerbungsschluss 15. Mai 2012).Der Kurs findet an der TU Berlin statt (Kosten: 100 Euro für Unterkunft und Verpflegung, Bustransfers, Programm).
• Die Femtec.GmbH lädt bis zu 20 interessierte Mädchen aus dem ganzen Bundesgebiet ein, beim nächsten »Try it! Technik-Workshop« dabei zu sein. Neben den praktischen Erkundungen gibt es Gespräche mit Studentinnen und Fachfrauen sowie ein Unternehmensbesuch. Für Schülerinnen der 9. bis 11. Klasse von Gymnasien und Oberschulen. Der Workshop findet statt vom 16. bis 19. Mai 2012, Bewerbungsschluss ist der 10. März. Infos und Bewerbung unter www.femtec.org (Bereich Bewerbungen) Kontakt: Martina

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Supervision und Coaching
von erfahrener Kollegin
(DGSv-geprüft).
Kostenfreies Erstgespräch.
Tel. 030 / 6 22 51 79
www.clrisch-supervision.de

Älter werden + lebendig bleiben + Zukunft gestalten
Gruppe: Gemeinsam Neues erforschen
Info + Flyer anfordern
Bettina Schroeter: Tel. 87 39 180
www.transformative-koerperpsychotherapie.de
Hans Dräger: Tel. 39 83 90 30
www.raum-fuer-leib-und-seele.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

teamwerken|de
Schulentwicklung Teamcoaching Lehrerbildung
Tel.: 030 /44 73 71 73 www.teamwerken.de

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2012
Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining – Auftritt und Stimme – klar und sicher!
Interkulturelle Kommunikationskompetenz – Verständigung erzielen!
Dialog-Kompetenz – gemeinsam denken und handeln!
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

fair childhood
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit

Kindern eine Kindheit geben!
Jetzt mitmachen und spenden:
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
Konto-Nr. 375 188 0 188, BLZ 700 20 500
www.fair-childhood.eu

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: **INA KAUFMANN**
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSv)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL:
KAUFMANN.INA@WEB.DE

Praxis für Praktische Pädagogik und Lernberatung
Ausbildung zum / zur LernberaterIn P.P.
Praktischer Pädagoge / Evolutionspädagoge
• Neue Sicht- und Handlungsweisen im täglichen Umgang mit Kindern und Jugendlichen
• Schnelles Erkennen und nachhaltiges Auflösen von Lernblockaden und Verhaltensauffälligkeiten
• Stärkung der persönlichen Lebenskompetenz
• Geschütztes Konzept der Evolutionspädagogik®
• Selbständig sein in eigener pädagogischer Praxis
• Berufsbegleitende Ausbildung in Teilzeitform von 7 x 4 Tagen
• Ausbildungsbeginn in Berlin: **1. bis 4. November 2012**
Kostenloser Infoabend:
Dienstag, 13. März 2012, 19 Uhr
Anmeldung bitte per Telefon oder Mail
Praxis für Praktische Pädagogik
Großgörschenstraße 18 • 10829 Berlin
Gerhard Alber
Tel.: 030 896 489 73
info@lernberatung-pp.de
www.lernberatung-pp.de
www.institut-pp.com

Battistini, Femtec.GmbH an der TU Berlin, Tel.: 030/ 314-25643, battistini@femtec.org

Lange Nacht der Wissenschaften
Am 2. Juni 2012 findet ab 17 Uhr die »Lange Nacht der Wissenschaften« statt mit interessanten Angeboten für SchülerInnen. Etwa 70 wissenschaftliche Einrichtungen in Berlin und Potsdam laden zu mehr als 2.000 anschaulichen Führungen, Präsentationen, Vorträgen, Diskussionen und Experimenten ein. Jugendliche und junge Erwachsene haben hier die Gelegenheit, mehr über mögliche Studien- und Berufsfelder zu erfahren und mit WissenschaftlerInnen direkt ins Gespräch zu kommen. Kinder können – auch gemeinsam mit ihren Eltern – bei zahlreichen Mitmachaktionen erste Forschungserfahrungen sammeln. Vom 2. bis 29. Mai können Lehrkräfte unter www.langenachtderwissenschaften.de im Online-Vorverkauf für ihre SchülerInnen Tickets zu einem Preis von 4 Euro pro SchülerIn bestellen. Tickets für begleitende Lehrkräfte werden zum ermäßigten Preis von 7 Euro abgegeben. Die Mindestbestellmenge liegt bei sieben Tickets, der Versand erfolgt an die Schuladressen. Dabei werden Einzeltickets für jede SchülerIn ausgegeben, ein »Gruppenzwang« beim Besuch der Einzelveranstaltungen besteht nicht. Ansonsten kosten die Tickets im Vorverkauf 11/ermäßigt 7 Euro.

Sicheres Internet
Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg vermittelt ReferentInnen an Berliner und Brandenburger Grundschulen, die Lehrkräften kostenlos die Medienkompetenzplattform www.internet-abc.de vorstellen und praktische Tipps zur Umsetzung von Medienprojekten in Grundschulen geben. Das Portal www.internet-abc.de wird gemeinsam von zwölf Landesmedienanstalten betrieben und bietet Grundlagen für eine kompetente und sichere Nutzung des Internets. Interessierte melden sich unter medienkompetenz@mabb.de.

INTERNET

http://www.bpb.de/themen/6NLRC8 führt zu einer neuen Datenbank der Bundeszentrale für politische Bildung mit Informationen über mehr als 200 Gedenkstätten, Mahnmale und Dokumentationszentren, die in Deutschland an die Nazi-Zeit erinnern. Allein für Berlin gibt es 30 Einträge.

http://dguv-lug.de führt zum Internet-Portal der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien zu den Themen Sicherheit und Gesundheit.

Der Bildungsserver Berlin Brandenburg empfiehlt:
• Professionelle Lerngemeinschaften an Grundschulen. Die Handreichung bietet eine Fülle an Hinweisen, wie die Durchführung und Moderation der Arbeit professioneller Lerngruppen effektiv und zeitsparend organisiert werden kann. *http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M5fb4ef45997.html*

• Vielfalt der Erinnerung: Online-Datenbank der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb bietet Überblick über Orte der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. *http://www.bpb.de/erinnerungsorte*

• Bessere Startbedingungen für begabte Schüler: »grips gewinnt«. Das Programm fördert bis zu 110 leistungsstarke Jugendliche, die aufgrund sozialer, finanzieller oder kultureller Hindernisse ihr Potenzial nicht voll entfalten können. Bewerbungsschluss ist der 1. April 2012. *http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M56d8d3bc891.html*

MATERIALIEN

Materialien abzugeben
Lehrerin (Tel.: 84 18 38 28, Friedenau) hat gegen überschaubaren Unkostenbeitrag abzugeben: Sachkunde: Kartei f. Herstellung kleiner Bücher (Thema: div. Tierwelten) / Arbeitsbuch: Gefühle/Selbstwert / Mobile 4 (komplett) / Schlag nach (komplett) / Harms (Arbeitsmappe). Deutsch Kl. 1: Lernstände feststellen / Lies und male – Tobi, Start frei und. Mimi, die Lesemaus (alle 3: Fibel u. Handreichungen). Deutsch Kl. 3: Papiertiger. Deutsch Kl. 4: Leporello (Arbeitsheft) für Diktate üben / Werkstatt lesen / Arbeit mit dem Wörterbuch / Zauberlehrling (Rechtschreibung) / Arbeit mit der Lesekiste. Mathe: Denken und rechnen fördern. Musik Kl. 1/2 und 3/4: Kolibri (komplett)/ Peter und der Wolf / Die 4 Jahreszeiten.

Erfahrungen von Kindern aus Regenbogenfamilien in der Schule
Das Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität zu Berlin hat die Ergebnisse einer internationalen Studie zu den Erfahrungen von Kindern aus Regenbogenfamilien in der Schule veröffentlicht. Die vergleichende Studie – durchgeführt in Deutschland, Schweden und Slowenien – hat sich mit der Frage befasst, ob Kinder, die mit Eltern aufwachsen, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell und trans* (LGBT*) identifizieren, Diskriminierungen in der Schule erleben. Die Studie stellt fest, dass die Vielfalt an Familienformen in der Schule kaum vermittelt wird. Deswegen wurde auf der Basis der Studienergebnisse pädagogisches Material entwickelt mit Vorschlägen, wie insbesondere das Thema Regenbogenfamilien besprochen werden kann. Die Studie und die pädagogischen Materialien sind als PDF-Dokumente erhältlich unter www.gender.hu-berlin.de/rainbowchildren/downloads

Wie Integration gelingt
»Fremd und doch vertraut – Wie Integration gelingt« heißt die dreiteilige Serie (jeweils 30 Minuten) des Landauer Filmemachers Paul Schwarz, die im Februar in *3sat* gezeigt wurde. Am Beispiel der Handlungsfelder Integrationskurse, berufliche Integration und Integration durch Sport wird deutlich, welche Integrationsanstrengungen in Deutschland unternommen werden, um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen. Die Dreierserie ist auf einer konfektionierten DVD kostenlos über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg zu erhalten.

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

REAL-TOURS S.R.L.

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
24 h online buchen
E- Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2012

Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 218,00 HP
Busfahrten zur Toskana-Küste, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**, nach **München**.

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2012.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

Tel. (030) 30 30 83 - 0
BUSART-TOURS GmbH
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Barcelona
Spaniens Preishit!
5 Tage Flugreise ab 289 €
CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH
Tel. 05261 2506-8140 | spanien@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

Ihre Farbanzeige in der blz
Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 125,28 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«. Tel. 030 - 21 99 93 46 oder blz@gew-berlin.de

LockeToursBerlin

Baltische Länder per Rad	ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung	ab 1280 EUR
Madeira Wandern 10 Tage	ab 1695 EUR
Gomera Wandern & Relaxen	ab 1599 EUR

Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

PROVENCE
Ferien
Natur
pur!
www.pinienwald.com
0033 660 80 20 46

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

Das gemalte Kochbuch
Ein ganzheitlicher kulinarischer Mal-Workshop in der Toskana als Einstieg in den Sommerurlaub in Italien.
Näheres unter www.casa-purgatorio.de

GRENZENLOS REISEN
Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers
Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

BurnOut
Lebenskrise
Depression
Ängste
chronische Schmerzen
Essstörung
Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose
NaturaMed Fachklinik
Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de
NaturaMed ...wir bringen Sie wieder in Schwung!

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.
Beamtendarlehen supergünstig
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

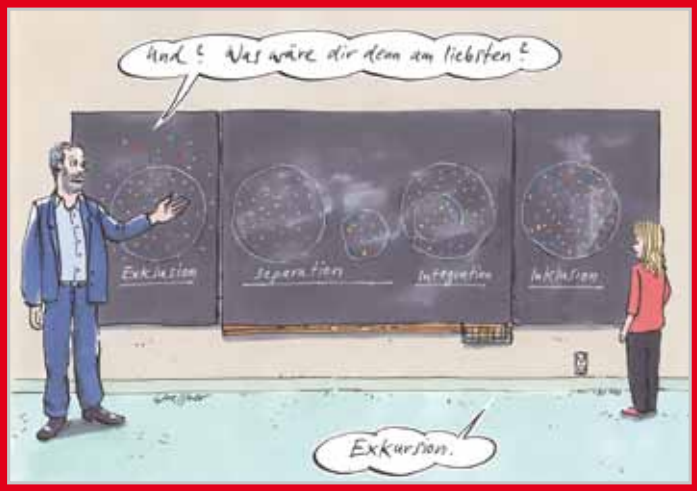
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Erlebnispädagogische Klassenreisen
Schloss Kröchlendorff bei Prenzlau
Abenteuercamp bei Lychen
Seekajak Expedition auf Usedom
EVENT NATURE
www.eventnature.de
Tel.: 04644-9737170
Fax: 04644-9737171
post@eventnature.de

12. MRZ.	17.00 Uhr	**FG Integrierte Sekundarschulen**	Raum 31
13. MRZ.	19:00 Uhr	**AG schwule Lehrer**	Raum 47
14. MRZ.	17:00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 300
	17:00 Uhr	**GEW-Chor**	Raum 301
15. MRZ.	18:00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 301
	18:00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
19. MRZ.	18:00 Uhr	**FG Sonderpädagogik**	Raum 31
20. MRZ.	16.00 Uhr	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 34
	16:00 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 300
	19:00 Uhr	**Abteilung berufsbildende Schulen**	Raum 33
	19:00 Uhr	**LA Multikulturelle Angelegenheiten**	Raum 300
21. MRZ.	09:30 Uhr	**LandesseniorInnenausschuss**	Raum 300
	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 300
	17:00 Uhr	**GEW-Chor**	Raum 31
	19:00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit**	Raum 33
22. MRZ.	19:00 Uhr	**AG ambulante Hilfen**	Raum 34
28. MRZ.	17:00 Uhr	**Singkreis**	Raum 301
29. MRZ.	16:30 Uhr	**AG Jugendliteratur und Medien**	Raum 47
04. APR.	17:00 Uhr	**Singkreis**	Raum 31
11. APR.	17:00 Uhr	**GEW-Chor**	Raum 31

FREIMUT WOESSNER



VHS-DOZENT/INNEN-VERSAMMLUNG

Vorstellung der neuen Kampagne und Neuwahl der Tarifkommission am **13. MÄRZ 2012 um 18.30 Uhr** im ver.di-Haus am Ostbahnhof, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Raum: Nabucco .

SENIORENVERANSTALTUNGEN

14. März: Kennenlernen des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit. Treffpunkt um 10 Uhr in der Haupthalle des S-Bahnhofs Schöneweide.
27. März: Kaffeeklatsch anlässlich des Internationalen Frauentages. Um 10 Uhr im Café Sybille (Weberwiese aussteigen).
12. April: Führung mit zwei jungen Leuten durch ihren Kiez am Gesundbrunnen. Wir besuchen eine Moschee. Treffpunkt um 14 Uhr am Haupteingang zum Gesundbrunnen-Center.
17. April: Besuch des Botanischen Museums. Treffpunkt um 10 Uhr an der Bushaltestelle Eingang Königin-Luise-Platz.

DIE AG JUGENDLITERATUR LÄDT EIN

AJuM steht für erfolgreiche Leseförderung und Medienbildung in allen Bildungsbereichen. Pädagogisch Tätige und Interessierte lesen und rezensieren aktuelle Kinder- und Jugendmedien, die von den Verlagen zur Verfügung gestellt werden. Sämtliche Rezensionen stehen in der nichtkommerziellen Datenbank www.ajum.de Wir treffen uns **jeweils am letzten Donnerstag im Monat** (außer in den Schulferien) **von 16.30 bis 18.30 Uhr** im GEW-Haus, Raum 47, Ahornstraße 5, 10787 Berlin, U-Bhf. Nollendorfplatz. Einfach vorbeikommen! Die nächsten Themen: Graphic Novels/ Comics/ Bilderromane (29. März), Sachbücher (26. April)

DIE JUNGE GEW

Wir treffen uns regelmäßig an **jedem dritten Donnerstag im Monat** um 19 Uhr in der Gaststätte »Max und Moritz« (Bibliothek im ersten Stock) in der Oranienstr. 162 in 10969 Berlin-Kreuzberg. Ab 19 Uhr reden wir über die laufende Arbeit, ab 20 Uhr werden wechselnde Themen diskutiert. Außerdem brunchen wir in unregelmäßigen Abständen gemeinsam im GEW-Haus. Auf diesen längeren Treffen reflektieren wir unsere Arbeit und planen die Zukunft. Ebenfalls unregelmäßig führen wir Seminare durch. Weitere Informationen unter www.gew-berlin.de/6420.htm
Am **15. März um 18.30 Uhr** Treffen der Jungen GEW mit dem Thema »Liquid democracy – neue basisdemokratische Perspektiven für die GEW?« im »Max und Moritz«.